

Danziger

# Vandes Zeitung

Westpreussisches Volksblatt

90 JAHRE

Danziger Volksblatt

**Bezugspreis:** Durch Austräger oder Zweigstellen monatlich 2,50 DM., durch den Post im Freistaat und Deutschland 3,00 DM., nach Pommerellen durch Träger 4,00 DM., durch Post 4,25 DM., nach Polen nur unter Kreuzband 5,25 DM., Einzelpreis 0,15 DM., 0,25 St. Im Falle höherer Gewalt, Verlesung oder Streik hat der Besitzer oder Eigentümer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang, verspätet oder nicht erscheint. Unverlangte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgeschickt.

**Anzeiger für den Freistaat Danzig  
Pommerellen und die östlichen Gebiete**

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Seimatlänge“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“.

**Anzeigenpreise und -bedingungen:** Die einseitige Millimeterzeile (31 mm breit) oder deren Raum im Angebotsfeld 10 St. im Restamteil (33 mm breit) 50 St. Auslandspreise, Beilagen und Rabattkassen nach Tarif. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Plakate und Zeitungsanzeigen sowie telefonische Bestellungen und Abrechnungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler infolge unrichtiger Manuskripte oder tel. Aufträge keine Gewähr. Bei verspäteter Zahlung, Konturieren, Vergleichen und gerichtl. Beitreibungen kein Rabatt. Gerichtsstand für beide Teile Danzig.

## Die deutschen Maßnahmen gegen die Juden vor dem Völkerbundsrat

Der Fall Bernheim vor dem Völkerbundsrat — Stellungnahme Deutschlands — Die Vertreter der anderen Mächte teilen die deutsche Auffassung nicht — Ein Juristenkomitee eingesetzt.

Genf, 30. Mai (WZB.). Der Völkerbundsrat beschäftigte sich heute vormittag mit der Petition des jüdischen Handelsangestellten Bernheim auf Aufhebung gewisser reichs- und landesgesetzlicher Bestimmungen in Oberschlesien.

In dem

### Bericht des irischen Vertreters

wird gesagt, daß eine bloße Fiktion der in der Petition erwähnten Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen zeigt, daß in dem Maße, wie wenigstens einige dieser Bestimmungen im Gebiete von Oberschlesien angewandt wurden, diese Anwendung nicht stattfinden konnte, ohne in Widerspruch zu geraten mit einer Reihe von Bestimmungen der Genfer Konvention. Der Bericht schlägt dem Rat vor, von den Erklärungen der deutschen Regierung Akt zu nehmen in der Überzeugung, daß die deutsche Regierung alles getan habe und noch tun werde, um sicherzustellen, daß die Bestimmungen der Genfer Konvention über den Schutz der Minderheiten voll respektiert werden. — Der Bericht schließt mit dem Vorschlag, den Fall Bernheim dem lokalen Verfahren zu überweisen.

Zu dem vom Vertreter Irlands vorgelegten Bericht gab

### der deutsche Vertreter

Gesandter von Keller eine Erklärung ab, in der er bedauerte, namens der Reichsregierung erklären zu müssen, daß diese nicht in der Lage sei, den Bericht anzunehmen.

Aus der Petition Bernheims, fuhr Gesandter von Keller fort, geht hervor, daß der Petent weder durch Abstammung noch durch ein Familienband zu Oberschlesien gehört. Selbst wenn man die Hypothese zuließe, daß auf Grund seiner angeblich persönlich erlittenen Ungerechtigkeiten in Oberschlesien der Petent das Recht hätte, für seine Person Rechte aus dem Artikel 147 der Genfer Konvention geltend zu machen, ist er keinesfalls berechtigt, über generelle Fragen und die Anwendbarkeit deutscher Gesetze in Oberschlesien Beschwerde zu führen, da diese Gesetze ihn in keiner Weise betreffen. Im übrigen ist, ganz abgesehen von der Unzuständigkeit des Petenten, eine Beschwerde dieser Art schon deshalb nicht möglich, weil hinsichtlich der Anwendung dieser Gesetze in Oberschlesien noch keinerlei endgültige Tatsache geschaffen worden ist.

Obwohl die deutsche Regierung an sich nicht verpflichtet sei, sich zu dieser Frage sachlich zu äußern, habe sie aus eigener Initiative und aus politischen Gründen, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, die dem Rat bekannte Erklärung abgegeben, daß die internationalen Verträge des Deutschen Reiches selbstverständlich durch innerpolitische Gesetze nicht berührt werden. Der vorliegende Bericht trägt dieser Rechts- und Sachlage nicht Rechnung.

Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß der Rat sich damit begnügen müsse, von der deutschen Erklärung Akt zu nehmen und damit die Beschwerde in ihren allgemeinen Ausführungen als erledigt zu erklären.

Was den Fall Bernheim anbelangt, so ist die Frage der Zugehörigkeit des Petenten zur Minderheit noch nicht genügend geklärt. Die deutsche Regierung hat die notwendige Untersuchung eingeleitet und ist gegebenenfalls bereit, den Fall in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der Konvention im lokalen Verfahren zu regeln.

Nach den Erklärungen des deutschen Vertreters bemerkte

### der Berichterstatter,

wenn er auf die von dem deutschen Vertreter geltend gemachten Einwendungen bezüglich der Interpretation der Genfer Konvention in seinem Bericht nicht eingegangen sei, so bedeute das nicht, daß er mit dem deutschen Vertreter übereinstimme. Um die strittige Frage zu klären, schlage er die Einsetzung eines Juristenausschusses vor, der aus demselben Vertretern bestehen soll, die kürzlich in Genf in der Frage des Julius-Hospitals in Rybní ihr Gutachten erfaßten hätten. Der Vertreter Englands, Eden, schloß sich dem Vorschlag des Leiters an. Wenn er auf die Ausführungen des deutschen Vertreters nicht eingehen wolle, so dürfe das nicht so ausgelegt werden, als ob er mit den Argumenten Herrn von Kellers einverstanden sei. Dabon sei er weit entfernt. Der französische Außenminister Paul-Boncour erklärte, der Berichterstatter habe in seinem Bericht eine bewundernswürdige Unparteilichkeit gezeigt. Auch er schloß sich dem Vorschlag an.

### Der Vertreter Polens,

Graf Maczinski, gab der Erwartung Ausdruck, daß

der Juristenausschuß seine Arbeiten beschleunige. Er glaube feststellen zu müssen, daß der Vertreter Deutschlands, der immer für die Minderheitenschutzbestimmungen eine möglichst weitgehende Auslegung gefordert habe, von dieser Auffassung bis zu einem gewissen Grade abgewichen sei. Formalrechtlich habe man es jetzt nur mit Oberschlesien zu tun. Die Ratsmitglieder seien aber mindestens moralisch verpflichtet, von Deutschland zu fordern, daß es den Juden eine gleiche Behandlung wie allen anderen Staatsbürgern gewähre. Juristisch sei die jüdische Minderheit in Deutschland nur in einem kleinen Gebiet, in Oberschlesien, geschützt. Das zeige, wie unvollständig und ungleich das Minderheitenschutzsystem sei. Es bedürfe unbedingt einer Revision. Das gegenwärtige System sei auch unübertraglich mit dem Prinzip der Gleichberechtigung aller Staaten. Er richte zum Schluß an die Ratsmitglieder einen Appell, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zu schenken und deutete die Möglichkeit an, daß die Völkerbundsversammlung sich eventuell besonders damit beschäftigen könnte.

Nach kurzen Bemerkungen der Vertreter Spaniens, Norwegens, Guatemalas und der Tschechoslowakei erklärte der Berichterstatter, daß er kein Möglichstes tun werde, um das Juristengutachten zu beschleunigen. Sobald dieses Juristengutachten vorliege, werde der Rat innerhalb 48 Stunden

einberufen werden. Der deutsche Vertreter, Gesandter von Keller, ging dann in ausführlichen Darlegungen auf die Debatte ein.

In

### Erwiderung auf die Diskussionsredner

betonte Gesandter von Keller, der Rat müsse sich auf die gegenwärtige Lage in Oberschlesien beschränken und dürfe in keiner Weise den Rahmen seiner Zuständigkeit überschreiten. Aus diesem Grunde könne er auch in keine Diskussion über die Frage eintreten, ob die jüdische Bevölkerung im Reich den Charakter einer Minderheit habe oder nicht. Im Laufe der Debatte sei der Akzent auf die Grundfrage der Moral und der Zivilisation mit einer Empfindung gelegt worden, wie man sie bei früheren Anlässen in Minderheiten-Angelegenheiten vielfach vermisst habe. Der deutsche Vertreter schloß seine Ausführungen mit der Erklärung, daß er sich bezüglich des Vorschlages des Berichterstatters der Stimme enthalte.

Der Völkerbundsrat stimmte dann schließlich den Vorschlägen des Berichterstatters zu. Die Fragen, über die der Juristenausschuß ein Gutachten zu formulieren hat, sind nach einer vom Vorsitzenden im Laufe der Verhandlungen getroffenen Feststellung folgende:

1. Ist Herr Bernheim berechtigt, eine Petition vorzubringen?
2. Ist Herr Bernheim berechtigt, Fragen allgemeiner Natur in einer Petition aufzuwerfen?

## Vor der Unterzeichnung des österreichischen Konfordsats

Wien, 30. Mai. Bundeskanzler Dollfuß wird, wie angekündigt, am 2. Juni zur feierlichen Unterzeichnung des Konfordsats Österreichs mit dem Vatikan in Rom eintreffen. Das neue Konfordat regelt zum ersten Male seit Jahrzehnten wieder die Beziehungen des österreichischen Staates zur katholischen Kirche in fester Form. Denn tatsächlich ermangelten — wie wenig bekannt sein dürfte — die Beziehungen Österreichs bisher einer festen Grundlage, obwohl das heutige Österreich zu 93,7 Prozent katholisch ist.

Das letzte Konfordat wurde am 18. August 1855 zwischen Pius IX. und Franz Josef I. abgeschlossen. Es folgte aber die Zeit des Josephismus, in dessen Verlauf die österreichische Regierung durch Gesetze vom Jahre 1868 Maßnahmen ergriff, die dem Staate einen besonderen Einfluß auf das religiöse Leben, vor allem hinsichtlich der Beschließung, der interkonfessionellen Schule und der Freiheit der Kulte, einräumten. Die Gesetze wurden durch Papst Pius IX. am 22. Juni 1868 verurteilt. Als Antwort hierauf widerrief die Wiener Regierung das Konfordat, und im Jahre 1874 beschloß das Parlament neue Gesetze, die die kirchlichen und religiösen Angelegenheiten einseitig vom Staate aus und ohne Berücksichtigung der Sonderrechte der Kirche regelten.

Das Konfordat, das jetzt zur Unterzeichnung gelangt, ersetzt endgültig die 1868 und 1874 geschaffene Rechtslage. Tatsächlich waren allerdings jene Gesetze schon längst praktisch fast abgelenkt. Vor allem seit dem Sturz der Doppelmonarchie und der Annahme der Verfassung von 1920 erfreut sich die katholische Kirche in Österreich einer großen Freiheit. Die Regierungen wandten die Gesetze stets in einer Form an, die der katholischen Kirche die Erfüllung ihrer Mission erleichterte. Was die Ernennung der Bischöfe anbelangt, so hatte sich längst die praktische Anwendung der allgemeinen kanonischen Regeln hierfür durchgesetzt. Ähnlich war es mit der kirchlichen Beschließung, der der Staat die gleichen Rechtswirkungen zuerkannte wie der standesamtlichen Trauung.

Trotz dieses von beiden Seiten bewiesenen guten Willens war es notwendig, die Beziehungen zwischen dem Staat und

dem Heiligen Stuhl zu regeln und in feste Formen zu bringen. Im Mittelpunkt des Konfordsats stehen die Vereinbarungen über die konfessionelle Schule, über die Beschließung, die Bischofsnennung und über die katholisch-theologischen Fakultäten.

### Die Beamtenvertretungen beseitigt

Berlin, 30. Mai (WZB.). Wie der preussische Ministerpräsident und Minister des Innern, Brüning, zugleich im Namen sämtlicher Staatsminister, durch Rundschreiben die Aufhebung der Beamtenvertretungen für sämtliche Zweige der preussischen Staatsverwaltung angeordnet. Im einzelnen wird in dem Erlass u. a. folgendes ausgeführt:

Auf Grund eines Beschlusses vom 24. März 1919 sind bei den einzelnen Behörden Beamtenausschüsse errichtet worden, denen es insbesondere obliegt, als Vertrauensorgan der Beamten deren Interessen zu vertreten. In dem neuen, durch die nationale Revolution geschaffenen Staat, ist für eine Betätigung solcher Beamtenausschüsse kein Raum mehr. Die Beamtenschaft kann und muß dessen gewiß sein, daß auch ohne ihre kollektive Mitwirkung die Leiter der einzelnen Behörden volles Verständnis für die wirtschaftliche Lage der einzelnen Beamten haben. Im heutigen Staat besteht ein Gegenatz zwischen der Beamtenschaft und den Leitern der Behörden nicht mehr, so daß es einer Einrichtung zur Stärkung des Vertrauensverhältnisses zwischen beiden, wie sie die Beamtenausschüsse darstellen sollten, nicht mehr bedarf.

Aus der Gleichheit der beiderseitigen Interessen ergibt sich weiter, daß es einer gemeinsamen Vertretung von Interessen der Beamtenschaft gegenüber den Leitern der Behörden oder der Regierung nicht mehr bedarf.

## Schwere Ausschreitungen rumänischer Bauern gegen Siebenbürger Ungarn

Budapest, 30. Mai (WZB.). Die heutige Morgenpresse berichtet aus Klausenburg über außerordentlich schwere Ausschreitungen, die im Zusammenhang mit der antirevolutionären Kundgebung am Sonntag in Torda vorgekommen sind. Circa 800 rumänische Bauern stürzten auf der Heimkehr in der ungarischen Ortschaft Einjuba mehrere Häuser in Brand und mißhandelten die ungarische Einwohnerschaft. Die Menge drang in das unitarische Pfarrhaus und demolierte die Einrichtung vollständig. Sämtliche Hausiere in den Stallungen wurden mit der Begründung abgeschlachtet, daß es gleichfalls „ungarische Tiere“ seien. Die Gendarmerie ließ die Demonstranten ruhig gewähren. Ein ungarischer Landwirt wurde getötet und etwa 30 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Das gleiche Verhörungsverbot wurde in der Ortschaft Boros in Szene gesetzt. Erst in den Abendstunden kam ein größeres Polizeiaufgebot in die beiden Ortschaften.

## Rasse und Deutschstämmigkeit.

Von Hermann Muckermann.

Es ist die große Aufgabe der Eugenik, den Erbsatz, aus dem das Volk der Zukunft erstehen, in seiner urwüchsigsten, völlig gesunden und reich ausgestatteten Zusammensetzung zu erhalten. So und nicht anders wurde diese Wissenschaft von ihrem Begründer Francis Galton von Anfang an aufgefacht. Sie wurde sogar bis zur Einführung des Wortes Eugenik im Jahre 1883 als Stammezpflanze (stirpiculture) bezeichnet. Im Besonderen führte Galton bereits 1904 das Wort nationale Eugenik ein, das die Erforschung von allen gesellschaftlich bestimmenden Einflüssen umfaßt, die imstande sein könnten, die erblich bedingten Eigenschaften des kommenden Geschlechtes einer Nation nach der körperlichen oder seelischen Seite hin zu verbessern.

Unser erster Gedanke gilt der Erhaltung der erblichen Urwüchsigkeit des deutschen Volkes. Denn diese Eigenart bestimmt entscheidend unser Volkstum und damit das Volk selbst — die biologische Grundlage von Staat und Nation. Die Revolution der nationalen Erhebung, die das deutsche Volk aus seinen biologischen Ursprüngen erneuern will, lenkt unsere Aufmerksamkeit in besonderer Weise auf dieses Ziel. Ein Unfals ist ohne Zweifel die seit Jahrzehnten aufschwellige Zunahme von Menschen jüdischen Ursprungs in wesentlichen Zweigen der Kulturgestaltung. Zugleich hat durch Frankreichs Schuld jedenfalls im französischen Volk die Durchschmelzung mit farbigen Menschen begonnen, und damit ist eine mögliche Rassenmischung eingeleitet, die ohne Zweifel das Urwüchsigste wesentlich verformt und den Verfall des Volkes und seiner Kultur hoffnungslos beschleunigen wird.

Wenn wir uns nun bemühen, praktische Gedanken zu gestalten, so müssen wir zunächst einmal volle Klarheit über den Stand der Forschung gewinnen, damit wir uns nicht von Wunschträumen bestimmen lassen, deren Verwirklichung vielleicht niemals dem Wohl unseres Volkes dient, ja möglicherweise ihm sogar schadet. Das, was wir für unser Volk tun, muß ganz echt und darum wohl begründet sein. Künstliches Licht erlischt, das Licht der Sterne nie.

Wie jeder Leser weiß, ist das deutsche Volk in all seinen Stämmen aus verschiedenen anthropologischen Rassen zusammengefaßt. Es gibt nicht nur eine nordische, sondern zugleich eine fällische, eine alpine und eine dinarische Rasse. Die Beschreibung dieser anthropologischen Rassen findet der Leser in meiner Schrift „Rassenforschung und Volk der Zukunft“. Hier sei nur erwähnt, daß die Kriterien der Unterscheidung wesentlich auf körperliche Eigenschaften erblich bedingt sind. Wir kennen z. B. den nordischen Menschen an seinem schlanken Wuchs, an seinem langen, schmalen Schädel, an der hellen Farbe seiner Haare und Augen. Doch, wenn wir nach seelischen Kriterien forschen, die dem nordischen Menschen so eigenartig sind, daß wir ihn mit Sicherheit von den anderen anthropologischen Rassen unterscheiden können, so kommen wir über taubende Versuche nicht hinaus. Sicher wird man z. B. dem nordischen Menschen eine schöpferische Initiative zuschreiben, ohne daß man diese Eigenschaften den anderen abschreiben darf. Doch in der Züchtigkeit wird der nordische Mensch von dem fällischen Menschen übertroffen, der im übrigen sich nicht so rasch entschließt wie der Mensch nordischer Prägung.

Wir müssen schon im ganzen den Einfluß auf die Kulturgeschichte prüfen. Dann werden wir allerdings entdecken, daß gerade in Mischungen nordischer Rasse mit mehr oder weniger ebenbürtigen Rassen Kulturleistungen entstehen, die ohne den nordischen Einfluß wohl nicht vorhanden sein dürften. Die anthropologisch bestimmenden Kennzeichen, durch die man an diese Rasse besonders erinnert wird, finden sich in der mannigfachen Abmischung und wohl selten ganz rein in allen Familien aller Volkstämme unseres Volkes ausgeprägt. Genau so, wie die Kennzeichen der übrigen anthropologischen Rassen, die ich bereits nannte. Bald ist die eine Art Prägung mehr vorherrschend, bald die andere, und aus allen Volkstämmen sind tüchtige Menschen hervorgegangen, die man als durchaus gleichwertig, wenn auch in jedem Fall als andersartig bezeichnen muß, ohne daß man aus dem anthropologischen Typus allein Art und Grad der erblichen Ausbattung für seelische Leistung hätte ableiten können. Das gilt auch von den Männern und Frauen, die bis in die lebendige Gegenwart hinein in stärkstem Maße die Geschichte unseres Volkes bestimmt haben. Zudem liegt uns ja der Gedanke völlig fern, das deutsche Volk mit der anthropologisch bestimmenden nordischen Rasse gleichzusetzen. Viele, die das Wort nordische Rasse verwenden, meinen in Wirklichkeit das deutsche Volk. Und wenn sie das Wort Reinrassigkeit gebrauchen, dann meinen sie die Deutschstämmigkeit in diesem Volk.

Dah alles zu schaffen hat, um diese Deutschstämmigkeit zu erhalten, ist so einleuchtend, daß ich es selbst jedenfalls immer in „Vorträgen und Schriften als eine Selbstverständlichkeit betrachte habe. Darum habe ich nicht einmal daran gedacht, daß man einen echten Deutschen war man müsse, doch unter keinen Umständen einen Farbigen zu hei-



raten. Was aber die Verbindungen mit den Nachkommen des jüdischen Volkes angeht, das sich wesentlich aus Mischungen mit vorderasiatischen und orientalischen Erbklängen zusammensetzt, so kann man es nur beklagen, daß so viele deutschstämmige Menschen in der Vergangenheit sich nicht mit Entschiedenheit dagegen wehrten.

Wenn wir auch erbbiologisch noch wenig über die engen Beziehungen von Rassenmischungen überhaupt wissen, so kann doch kein Zweifel sein, daß nicht nur die Höhe und Tiefe einer Kultur, sondern vor allem ihre Urwüchsigkeit und Eigenart wesentlich von der Reinheit der im eben erklärten Sinn abhängt. Ich urteile hiermit nicht über Wert und Unwert von Anlagen in fremdrassigen Völkern. Sie mögen Werte haben, die wir nicht besitzen. Ich erinnere z. B. an bestimmte große Kulturleistungen in der mongolischen Welt. Ich möchte nur hervorheben, daß diese Rassen andersartig sind, und daß ethische Verbindungen mit ihnen im gewissen Sinne als „unharmonische Kreuzungen“ bezeichnet werden müssen, die den deutschstämmigen Menschen verformen. Diese Veränderungen sind um so mehr zu beklagen, weil sie nicht nur bestimmte äußere Gestaltungen betreffen, sondern sicher auch das Seelische antasten.

Jeder, der das Wesen einer nationalen Eigenart erkennt und würdigt, wird sich daher dafür einsetzen, daß deutschstämmige Menschen mit deutschstämmigen Menschen ihre Ehen schließen und Verbindungen mit fremdrassigen Menschen ablehnen. Es ist überdies zu fordern, daß man ganz abge-

meint die Einwanderung einer scharfen Ueberwachung unterwirft — im besonderen die Einwanderung von jüdischen Juden, die seit dem Kriege vielfach auf unheilvolle Art im deutschen Volk tätig waren. Eine solche Einwanderung muß unterbunden werden, wenn man dem Wesen der Eugenik und damit dem Gemeinwohl des deutschen Volkes genügen will. Seit Jahren habe ich daher darauf hingewiesen, daß man nicht nur die Vermischung mit fremdrassigen Erbklängen überwachen und verhindern, sondern auch den Zutrom an den Grenzen auffangen und ablenken soll.

Eine dritte Forderung eugenischer Art, die für die Auswirkung der Deutschstämmigkeit in unserem Volk entscheidend ist, besteht in der Zurückdrängung fremdrassigen zumal jüdischen Einflusses in unserer Kulturgegestaltung, zumal in der Erziehung unserer Jugend. Daß man bei der zukünftigen Durchführung dieser Zurückdrängung besonders ausgelesene Familien aus alter Zeit, zumal jene, deren Söhne im Weltkrieg für Deutschland gekämpft haben, anders behandelt als die leider allzu große Zahl von Einwanderern aus dem Osten, die seit dem Weltkrieg ihre Eingliederung zu erwirken verstanden, bedarf keines Hinweises, da ja die Lenker der Geschichte Deutschlands selbst die Berücksichtigung solcher Unterscheidungen verlangen und überdies grundsätzlich Wert darauf legen, daß wesentliche Forderungen des Christentums nicht verletzt werden. Es kommt einzig darauf an, jede Entartung, die das echte deutsche Wesen zersetzt, tatsächlich und urwüchsig zu überwinden — und in diesem Punkt sollte man unerbittlich sein.

## Durchführungsverordnung über die Reisesperre nach Oesterreich

W.B. Berlin, 30. Mai. Im Reichsgesetzblatt von heute erscheint ein Gesetz der Reichsregierung über die Beschränkung der Reisen nach der Republik Oesterreich, ferner eine hierzu vom Reichsminister des Innern erlassene Durchführungsverordnung:

Das am 1. Juni 1933 in Kraft tretende Gesetz sieht die Erhebung einer Gebühr von 1000 RM. für jede Reise vor, die ein Reichsbürger mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt im Inlande in oder durch das Gebiet der Republik Oesterreich unternimmt. Die Gebühr ist vor Eintritt der Reise bei der zuständigen Eichengeldbehörde zu entrichten, welche die Erhebung im Paß vermerkt. Auf den kleinen Grenzverkehr, soweit er durch besondere Bestimmungen für die in den Grenzgebieten anässige Bevölkerung geregelt ist, findet das Gesetz keine Anwendung, wohl aber trifft es auch den Ausflugsverkehr an den Grenze. Mit Geldstrafe nicht unter 5000 RM. oder mit Gefängnis werden die Reichsbürger bestraft, die entgegen den Vorschriften des Gesetzes oder der Durchführungsverordnung aus dem Reichsgebiet unmittelbar oder auf einem Umwege nach oder durch Oesterreich reisen.

Aus der gleichfalls am 1. Juni 1933 in Kraft tretenden Durchführungsverordnung ist hervorzuheben, daß der Reichsminister des Innern eine Befreiung von der Reisegebühr nur für folgende Personengruppen zugelassen hat: selbstständige Gewerbetreibende und deren Angestellte, denen die zuständige Ortspolizeibehörde nach Anhörung der zuständigen Berufsvertretung (Handelskammer usw.) bezeugt, daß es sich um eine geschäftlich notwendige Reise handelt; Personen, die mit Rücksicht auf ihre dienstliche Tätigkeit oder in Ausübung bestimmter Berufe die Grenze nach Oesterreich überschreiten müssen (Beamte bei Dienstreisen, Eisenbahn-, Zoll-, Post- und Polizeibeamte, das Personal von Schiffahrts-, Luftverkehrs- und Kraftwagenunternehmen sowie von Schlafwagen- und Speisewagenunternehmen); in gewerbmäßiger Schifffahrt oder Fischerei tätige Personen; schließlich Arbeitnehmer, die sich zur

Arbeitsaufnahme oder zur Erfüllung eines Dienst- oder Werkvertrages nach Oesterreich oder über Oesterreich in das Ausland begeben.

Die Durchführungsverordnung bestimmt ferner, daß für die Erhebung der Reisegebühr und für die Eintragung der erforderlichen Vermerke (Einrichtungsvermerk, Befreiungsvermerk) in den Paß in erster Linie die Eichengeldbehörde im Inlande zuständig ist, in deren Bezirk Reisende ihren Wohnsitz, ihren ständigen Aufenthalt oder eine gewerbliche Niederlassung hat.

Neben den besonderen Vermerken für Reisen nach und durch Oesterreich ist im Einzelfalle die Beschränkung des für Reichsbürger bei Auslandsreisen allgemein erforderlichen Ausreisepaßvermerks notwendig.

### Der Selbstmord Marga von Eghorff

Aleppo, 30. Mai. (Reuter.) Ueber den Tod von Marga von Eghorff werden folgende Einzelheiten bekannt: Nachdem die Fliegerin am Sonntag auf dem Flugplatz von Monsimidi, ungefähr 16 Km. nördlich von Aleppo, eingetroffen war und ihre beschädigte Maschine verlassen hatte, wurde sie nach der Fliegermesse geleitet, wo in jeder Beziehung für sie gesorgt wurde. Später begab sie sich auf eigenem Wunsch nach dem Ruhezimmer, das für Flieger, die eine Notlandung gemacht haben, bereitgehalten wurde. Pünktlich — um 18.30 Uhr — wurden mehrere Schiffe gehört. Alles eilte nach dem Ruhezimmer, wo Marga von Eghorff auf dem Bett liegend, tot aufgefunden wurde. Neben ihr lag die Schnellfeuerpistole, die sie auf ihren Flügen mit sich zu führen pflegte. Ihr Kopf war von zwei Kugeln durchbohrt. Die ärztliche Untersuchung läßt darauf schließen, daß die Fliegerin freiwillig in den Tod gegangen ist.

## Neues in Kürze

Dem österreichischen Heeresminister Baugoin wurde vom Papst das Großkreuz des St. Gregorius-Ordens (Militärkategorie) verliehen, das ihm durch den päpstlichen Nuntius, Erzbischof Silius, überreicht wurde. — Wie erklärt wird, wurde dem Heeresminister als erstem österreichischen Staatsmann diese hohe und äußerst seltene Auszeichnung des Papstes zuteil.

Wie wir erfahren, wird sich der Reichspräsident zu Pfingsten nach Mecklenburg begeben. Die Nachrichten, wonach der Reichspräsident der Stadt Marienwerder anlässlich ihres 700-jährigen Bestehens einen Besuch abklaten würde, entsprechen nicht den Tatsachen.

Der Reichsländer empfangen eine Abordnung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, bestehend aus den Abgeordneten Berndt, Freiherr von Freytagh-Loringhoven und von Rentorff.

Wie wir erfahren, hat der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Stadler mit dem gestrigen Tage seinen Austritt aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion und aus der deutschnationalen Volkspartei erklärt und in einem Schreiben an den Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion um Aufnahme in die nationalsozialistische Fraktion gebeten.

Die Technische Hochschule in Darmstadt teilt mit: Die Technische Hochschule hat sich veranlaßt gesehen, die Räume bis auf weiteres zu schließen, weil innere Störungen die Aufrechterhaltung ihres Lehrbetriebes unmöglich gemacht haben. Es sind Maßnahmen eingeleitet worden, um die Hindernisse so schnell wie möglich zu beseitigen.

In einer Schöpfung bei Altenfisch (in der Neumark) wurde gestern ein 17-jähriges Mädchen ermordet aufgefunden. Als Täter wurde der Fleischergeselle Gerziner festgenommen, der am Tatort das Verbrechen gestand. Er hatte das Mädchen vom Hade gerissen, in eine Schöpfung geschleppt und durch Messerschläge getötet. Bei seiner Vernehmung gab Gerziner ferner den vor einigen Wochen verübten Mord an einer Frau aus Altkarben zu.

Das Kommando z. B. B. führte am Montag in Hamburg erneut umfangreiche Durchsuchungen und Festnahmen durch. Insgesamt wurden 16 Personen wegen illegaler marxistischer Betätigung in Haft genommen. Bei Wohnungsdurchsuchungen konnten rund 1000 kommunistische Bücher und Zeitschriften, ein Vertriebsapparat und zahlreiche Zerkleinerungs- und Zerkleinerungsmaterialien beschlagnahmt werden.

Der Stadtrat von Lüttich beschloß, die Regierung zu ersuchen, Bürgermeister Dr. Stoffregen (M.D.P.) und Polizeikommissar Warts zum 1. Juni ohne Gehalt und Ruhegehaltsansprüche zu entlassen.

Wie Havas aus Barcelona berichtet, sind sechs Personen an Bord eines im Hafen liegenden deutschen Dampfers gebrungen und haben die an Bord dieses Dampfers gehö-

Halbentzunge entfernt und ins Meer geworfen. Die sechs Personen wurden von der Besatzung überwacht und der Polizei übergeben.

Wie Reuter aus Aleppo meldet, hat die Abdaktion der Leiche Marga von Eghorff ergeben, daß tatsächlich Selbstmord vorliegt. Die Ursache für den Selbstmord konnte nicht ermittelt werden. Die Leiche der deutschen Fliegerin wird nach Berlin übergeführt werden.

Wie die Blätter aus Bukarest melden, brangen in Co-gasca im Bezirk Jassy gestern 80 Bauern in den Gutshof der Prinzessin Maria Cantacuzino ein, zerstörten das Herrenhaus, töteten das Vieh und mißhandelten das Gutspersonal. Die Schweine und die Magazine wurden von den Bauern angezündet. Der Grund für den Vorfall scheint in einem Streit über die Landvermessung zu liegen.

Nach einwöchiger Verhandlung verurteilte gestern das Reichsgericht einen Ingenieur, der französische Staatsangehöriger ist, wegen Verrats militärischer Geheimnisse und Vorgehens gegen das Gesetz über den unläuteren Wettbewerb zu acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Havas berichtet, daß der Präsident von Brasilien, Vargas, und Dr. Cadenor sich über die Grundzüge eines Abkommens zum Bau eines Zepellin-Flughafens bei Rio de Janeiro geeinigt haben. (Eine Bestätigung der Meldung liegt noch nicht vor.)

Anlässlich der Erinnerung der Stageralschlacht hat der Polizeipräsident von Berlin mit Zustimmung des preussischen Staatsministeriums den im Bezirk Tiergarten gelegenen Kemper-Platz in Stageral-Platz umbenannt. Gleichzeitig ist der im Bezirk Mitte gelegene Bülow-Platz jetzt mit Einwilligung des preussischen Staatsministeriums in Forst-Wessel-Platz umbenannt worden.

Die Agentur Havas glaubt zu wissen, daß als Führer der französischen Delegation für die Weltwirtschaftskonferenz der radikale Senator Cailleaux in Frage komme.

Aus dem Weißen Haus erzählt Reuter, daß Roosevelt die Nachricht, er verhandele über eine nur teilweise Bezahlung der Schulden zum 15. Juli, bemerkt.

Der Kampfring junger Deutschnationaler in Hamburg ist auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. 2. 1933 am Montag verboten und aufgelöst worden.

Der Amtliche Preussische Presseschein teilt mit: Reichsminister Dr. Hugenberg hat für die Kursmakler an der Berliner Börse neue Bestimmungen getroffen. Am 6. Juni erlassen alle Kursmakler, die das 67. Lebensjahr vollendet haben, aus ihrem Amte ausscheiden. Von der neuen Bestimmung werden zehn Kursmakler betroffen. Für die übrigen preussischen Börsen werden gleichlautende Bestimmungen getroffen werden.

Wie wir erfahren, sind die Transfersprechungen zwischen der Reichsbank und den Vertretern der Auslandsgläubiger Dienstag vor- und nachmittags fortgesetzt worden. Man ist in der Aussprache, die gut vorangeht, bereits in die Beratung der Einzelfragen eingetreten.

## Bolschewistisches Zerkleinerungsquartier im Evangelischen Kirchenhaus

Berlin, 30. Mai. Mit dem Sitz in Berlin ist eine Gesellschaft „Nationaler Bildungsdiener“ ins Leben gerufen worden, der auf Grund der nationalen Erneuerung mit Hilfe der in Schulen und Vereinen vorhandenen technischen Hilfsmittel und Vorführungsapparate eine einheitliche und systematische Erweiterung auf dem Gebiete der Volksaufklärung erstrebt. Das vorläufige Produktionsprogramm sieht Bildungsdiener von Schlageter, vom Stahlfeld, von der SM und zum Luthertag eine Serie über Martin Luther vor.

Wie das W.D.Z.-Büro meldet, brachte gelegentlich einer Veranstaltung der Gesellschaft der Leiter der nationalen Abwehrkräfte gegen kommunistische Umtriebe, Walter Korodt, sensationelles Material über kommunistische Umtriebe zur Kenntnis, das in einem Bildband „Brandfackeln über Deutschland“ Verwendung finden soll. Bei der Durchsicht einer durch Zufall als Eigentum des bisherigen kommunistischen Abgeordneten Gryniewicz ermittelten Raube wurden Gemeinheitsmittel dafür gefunden, daß Leo Trotski nicht als armer aus seinem Vaterland verbannter Frankfurter Mann in Stambul lebte, sondern daß

er von Stambul aus als Haupt der antisowjetischen Einheitsfront aktiv tätig war und den deutschen Kommunisten fortlaufend Anweisungen über Vorbereitung und Durchführung des Bürgerkrieges in Deutschland erteilte.

Besonders aufsehenerregend wirkt eine weitere Enthüllung, daß in einem Gebäudekomplex in Berlin, der der Evangelischen Kirche gehört und in dem sich auch eine Kirche befindet, jahrzehntelang erst Karl Liebknecht und dann der spätere kommunistische Abgeordnete Pfeumert ein bolschewistisches Zerkleinerungsquartier unterhielt. Durch Klarmachungen fand dieses Quartier in unmittelbarer Verbindung mit einem 10 Häuser weiter gelegenen Keller, der als Lager und Ausgaberaum für die Zerkleinerungsdienste diente. Pfeumert, der nach Martenbad geflüchtet ist, hat von diesem evangelischen Kirchenhause aus nicht nur während des Weltkrieges seit 1914 Versuche zur Zerkleinerung der deutschen Armee unternommen, sondern er hat auch von dort aus nachweislich Verbindungen mit kommunistischen Organisationen in anderen Ländern, vor allem in den Vereinigten Staaten, unterhalten.

### Die Fuldaer Bischofskonferenz

Fulda, 30. Mai. Die Beratungen der Fuldaer Bischofskonferenz sind auch diesmal — wie stets — geheim. Man rechnet damit, daß sie etwa am Donnerstagabend zu Ende gehen und daß am Schluß der Tagung ein kurzer Bericht ausgegeben wird. Ob das erwartete gemeinsame Hirtenschreiben zu aktuellen Fragen so zeitig erscheinen wird, daß es in Pfingsten in den Kirchen verkündet werden kann, ist ungewiß. An der Tatsache, daß ein solches Hirten-schreiben erfolgt, wird in unterrichteten Kreisen aber nicht gezweifelt.

### Prälat Dr. Eberle Domprobst in Augsburg

Augsburg, 30. Mai. Generalvikar Prälat Dr. Franz Raver Eberle ist, wie die „Augsburger Volkszeitung“ erzählt, von Papst Pius XI. zum Domprobst in Augsburg ernannt worden. Prälat Dr. Eberle ist gebürtiger Augsburger und steht im 60. Lebensjahr. Er wurde 1897 zum Priester geweiht, 1903 als Hofprediger nach München berufen und wurde 1907 St. Stephanuskaplan bei St. Cajetan in München, war von 1912 bis 1914 Hochschulprofessor für Moraltheologie am Gymnasium in Passau und von 1914 bis 1916 in der Feldseelsorge an der Westfront tätig. Seit 1916 gehört Prälat Dr. Eberle zum Domkapitel Augsburg.

### Kirchenpolitische Ausschüsse der Rundfunksender

W.D.Z. Berlin, 30. Mai. Wie das W.D.Z.-Büro meldet, sind zur Wahrnehmung der religiösen Belange des neuen Staates beim Rundfunk bei den einzelnen deutschen Sendern besondere Gremien gebildet bzw. noch in Vorbereitung, die den Namen Kirchenpolitische Ausschüsse führen. Für den Deutschlandsender und die Funkstelle Berlin wurde ein gemeinsamer Kirchenpolitischer Ausschuß gebildet, der zugleich die Zentralleitung der Ausschüsse für die übrigen Sender wahrnimmt. An der Spitze des Zentralausschusses steht der Reichsfunkreferent der Glaubensbewegung Deutsche Christen, Alfred Bierhwalde.

### Stürmische Demonstrationen an der deutschen Universität in Prag

ENB. Prag, 30. Mai. An der deutschen Universität demonstrierten Dienstag vormittag deutsche nationalsozialistische und andere rechtsextremistische Hochschüler der juristischen Fakultät gegen die geplante Berufung des in Deutschland seines Amtes enthobenen Staatsrechtslehrers Kelsen. Ferner zeigte kurz nach Beginn der Vorlesung des Volkswirtschaftsprof. Dr. Weiß ein Pfeifkonzert ein. Die Demonstranten riefen im Sprecher u. a.: „Fort nach Moskau! — Niemals Kelsen! Fort mit den jüdischen Universitätsprofessoren!“ Zu Täuschungen ist es nicht gekommen.

### Suspension des Arierparagraphen für Oberschlesien

Berlin, 29. Mai. Im Zusammenhang mit der Diskussion in Genf über die Auswirkungen des Arier-Paragraphen im ober-schlesischen Abstammungsgebiet hat der preussische Justizminister angeordnet, daß die Entscheidung über die Vertretungsverbote gegen Rechtsanwälte dieses Gebiets vorläufig ausgesetzt bleibt. Bis zur endgültigen Entscheidung können also die in Betracht kommenden Anwälte weiter tätig sein.

### Um die Gaststätten und Erfrischungsräume in Warenhäusern

Göring beschleunigt Maßnahmen Eugenbergs.

Berlin. Der preussische Innenminister hat, wie das W.D.Z.-Büro meldet, den nachgeordneten Behörden von jenem Schreiben des Reichswirtschaftsministers Kenntnis gegeben, das sich mit der Frage der Gaststätten und Erfrischungsräume in Warenhäusern befaßt. In diesem Schreiben, das der Reichswirtschaftsminister an alle Landesregierungen gerichtet hat, war darauf hingewiesen worden, daß in Waren- und Kaufhäusern, Einzelhandelsgeschäften und anderen Einzelhandelsbetrieben im Laufe der letzten Jahre vielfach Schank- und Speisearäume eingerichtet wurden, die nicht mehr als „Erfrischungsräume“ angesehen werden können, sondern die ausgesprochen, oft sogar mit Musikdarbietungen ausgestattete Gaststätten darstellen. Der Reichswirtschaftsminister hatte betont, daß herabgesetzte Einrichtungen des mittelständischen Einzelhandelsbetriebes eine verheerende Konkurrenz bereiten, und zwar auch den Gast- und Schankwirtschaften selbst. Grundtätigkeit könne ein Bedürfnis für ausgesprochene Gaststätten und Warenhäuser nicht anerkennen. Der Reichswirtschaftsminister hatte die Länder gebeten, in ihren Bereichen nachzuprüfen, wo in den erweiterten Einzelhandelsorganisationen der Begriff des Erfrischungsräumens in der angegebenen Weise überschritten ist und in diesen Fällen entweder die Konzession zu entziehen oder wenigstens den Betrieb auf einen Erfrischungsräum zurückzustellen. Der preussische Innenminister ersucht nun die nachgeordneten Behörden, ihm über das Veranlassen zu berichten. Die Regierungspräsidenten und der Polizeipräsident in Berlin haben diesen Bericht bis zum 1. Juli er. einzureichen, während die Landräte und die Polizeiverwaltungen der selbstständigen Stadtkreise noch vorher ihre Ermittlungen abgeschlossen haben müssen.

### Das Bauernhochschulwert

W.B. Berlin, 30. Mai. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat zur Unterstützung der Bauernhochschulen namhafte Reichsmittel zur Verfügung gestellt. Um die Einseitigkeit der Schulungsarbeit und eine entsprechende Verwendung der Beiträge sicherzustellen, ist von den verschiedenen Bauernhochschulverbänden eine Reichsarbeitsgemeinschaft „Deutsche Bauernhochschule“ gegründet worden. Die „Deutsche Bauernhochschule“ wird in Zukunft nach bestimmten Richtlinien arbeiten, die gemeinsam vom Reichsernährungsministerium, dem Preussischen Kultusministerium und den Bauernhochschulen festgelegt werden.

### Litauen erhöht die Einfuhrzölle

Kommo. Die litauische Regierung hat durch Verordnung des Staatspräsidenten mit Wirkung vom 30. Mai die Einfuhrzölle auf eine große Anzahl von Positionen erhöht. Die Erhöhungen erstrecken sich u. a. auf: Lederwaren, Kolonialwaren, Zelle, Koka, Naphtha, Farben, gusseiserne Fabrikate, Papier, Garne und betragen für einzelne Warengruppen bis zu 50 Prozent.

### Pfingsten Grundsteinlegung der Liverpooler Kathedrale

London, 30. Mai. Die große Industriestadt Liverpool wird in den bevorstehenden Pfingsttagen eine bedeutsame Feier erleben. Der päpstliche Legat Kardinal Bourne wird die Grundsteinlegung der neuen Kathedrale vornehmen. Er begibt sich am Freitag nach Liverpool, wo ein feierlicher Empfang durch den Erzbischof Downey, den Lordmajor von Liverpool und zahlreiche kirchliche Würdenträger stattfindet. Der Grundsteinlegung werden auch die Bischöfe von Llandaff und Llandudno beiwohnen. Die Feierlichkeiten und die Ansprache des päpstlichen Legaten werden durch den Rundfunk verbreitet werden.

### Kennzeichnungszwang für Auslandsfette

Berlin. In einer amtlichen Verlautbarung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß Bäckereien usw. verpflichtet sind, durch besonderen Aushang kenntlich zu machen, welche Fette in ihrem Betriebe verwendet werden. Zur Durchführung dieser Vorschriften legt vom 31. Mai eine verstärkte Kontrolle der in Frage kommenden Betriebe ein. Wer einer der Bestimmungen nachlässig oder vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 10.000 RM. bestraft. Die Verstöße werden durch die Durchführungsstellen der Kennzeichnungspflicht mitzuteilen. Verstöße werden zweckmäßigerweise sofort der nächsten Polizeibehörde mitgeteilt.

Die Elisabeth-Universität in Pécs (Künstkirchen) soll katholisch werden.

Budapest, 30. Mai. (M.N.). In den letzten Monaten ist sowohl im Abgeordneten- als auch im Oberhaus mehrfach die Notwendigkeit betont worden, im Rahmen der unumgänglichen Sparmaßnahmen der Regierung auch die Ausgaben für die Hochschulen zu senken. Dabei wurde darauf verwiesen, daß sich das kleine Rumungarn nicht den Luxus leisten dürfe, vier Landesuniversitäten, in Budapest, Debrecen, Szeged und Pécs, zu unterhalten. Im Zusammenhang mit der jüngsten Reihe des Kultus- und Unterrichtsministers Dr. Valentin Homan nach Pécs verläutet nun, daß die Regierung beabsichtige, nur den Universitäten in Budapest und Szeged den staatlichen Charakter zu belassen. Die Elisabeth-Universität in Pécs würde zu einer rein katholischen Universität umgestaltet und unter entsprechender staatlicher Subvention von den Kirchengemeinden, dem Religionsfonds, den Bischöfen und der katholischen Gesellschaft erhalten werden.

### Die erste Ziehung der Kennlosterie

Nur noch kurze Zeit haben die Losinhaber der augenblicklichen Lotterie bis zur 1. Ziehung zu warten. Bei der geschmackvollen Ausstellung der Gewinne Langgasse 2 fällt ganz besonders der kostbare Silberhahn im Werte von 2000 G. ins Auge. Das Rennpferd „Gloriole“, welches als zweiter Hauptgewinn im Werte von 1000 G. eingeteilt ist, wird sich bei dem Rennen am Pfingstmontag, bevor es evtl. in die Hände des Gewinners übergeht, präsentieren. Wie bekannt, wird auf Wunsch der Gewinnern 80 Prozent Barauszahlung gewährt. Die Lose kosten 0,50 G. und sind noch in den Losverkaufsstellen zu haben.

\* Heute noch einmal die „Meisterfänger“. Als letzte Vorstellung der Spielzeit 1932/33 findet heute die zweite und letzte Aufführung von Richard Wagners „Die Meisterfänger von Nürnberg“ statt. In dieser Aufführung singt Ernst Neubert, der jugendliche Heldentenor der Leipziger Städtischen Oper, die Partie des Walter Stolz. Für den Hans Sachs wurde Max Roth vom Landestheater Stuttgart verpflichtet. Die Partie der Eva singt Rosafeld von Schirach und den David Karl Lauffstetter. Die Aufführung beginnt bereits um 19 Uhr. Es gelten die Preise 6.



# Volksdeutsches Wirken des katholischen Gesellenvereins

Von August Winkler, Köln.

In der Zeit April 1933 in Köln erschienen die Zeitschrift „Deutsches Volk“, die sich ganz in den Dienst des sozialen Aufbaues und einer nationalen katholischen Erziehung stellt, berichtet August Winkler, Köln, in der Spalte „Katholisches Schaffen“ in ausgedehnter Weise über die volksdeutsche Arbeit des katholischen Gesellenvereins. Wir entnehmen seinem Beitrag folgende beachtenswerten Ausführungen:

Die Gesellenvereinsbewegung ist von ihren Anfängen her großdeutsch bestimmt gewesen. Adolf Kolping, der Gründer, hat, nachdem der Gesellenverein im Jahre 1849 in Köln gegründet war, und 1850 der Rheinische Gesellenbund sich bildete, schon im darauffolgenden Jahre als Titel für seine Organisation den Namen gewählt: Katholischer Gesellenverein. Er hat ihn damit von vornherein herausgehoben aus der Enge eines regionalen Verbandes und ihm so den Weg bereitet überall hin, wo er im Mutterboden deutschen Volkstums Wurzel fassen konnte. Darum hat sich schon zu Zeiten Kolpings der Gesellenverein den gesamten deutschen Raum in Mittel- und Osteuropa erobert. Kolpings Missionare führten ihn hinunter nach Prag, Lemberg, Eilau, Budapest. Er bereiste die Schweiz, und überall bildeten sich Gesellenvereine. Die besten Missionare des Gesellenvereins waren, nach einem Wort Kolpings selber, die Gesellen, die den Samen des Gesellenvereins hinaustrugen in deutsches Land. Adolf Kolping pflegte ganz bewußt den Reichtum des Volkstums, das in seinem Gesellenverein aufblühte. Es ist von besonderem Reiz, ein altes Programm des Gesellenvereins durchzusehen, das in Köln im Gürtelstück anlässlich eines Gesellenfestes bekanntgegeben wurde, auf dem Kolping alle Landsmannschaften versammelte und in ihren landsmannschaftlichen Mundarten auftreten ließ. Hieraus ist beispielhaft zu sehen, wie es Kolping darauf ankam, in seinem Gesellenverein die reichen volkstümlichen Kräfte zu wecken und zu pflegen.

Wie weit Kolping die volksdeutsche Mission des Gesellenvereins sah, geht daraus hervor, daß er bei seiner dritten Reise nach Wien — die erste war 1853, die zweite 1856, die ihn durch Ungarn bis nach Kroatien führte — den Plan faßte, die deutschen Handwerker-Gesellen im Orient und in der Levante zu sammeln und für seinen Gesellenverein zu gewinnen und Hospize und Stützpunkte für auslandsdeutsche Handwerker zu schaffen. Wenn auch der Gesellenverein soweit nicht vorgedrungen ist, so ist es doch interessant, aus dieser Frühzeit des Gesellenvereins, die gleichzeitig die erste fruchtbare Wachstumsperiode war, einige Daten anzugeben: In Österreich wurden die ersten Vereine im Jahre 1852 in Wien, Steyr, Salzburg, Innsbruck und Linz gegründet. In Böhmen entstand im gleichen Jahr der erste Gesellenverein. In Ungarn wurde im gleichen Jahr ein Gesellenverein gegründet. 1856 erlangte der Hauptgesellenverein in Budapest, Jutamas und Marburg im heutigen Jugoslawien sind im Jahre 1856 gegründet worden.

Bis vor dem Kriege waren im Bereich der österreichisch-ungarischen Monarchie weit über 100 Gesellen-

vereine deutscher Zusammensetzung und Führung. Daneben bildeten sich auch fremdnationale Vereine, so besonders in Ungarn. Diese Vereine wurden indirekte Träger deutscher Gedanken und Erziehung. Nach dem Tode Kolpings hielt der Gesellenverein noch seinen Einzug in der Schweiz und in Holland, nachdem er schon zu seinen Lebzeiten auch nach Nordamerika Eingang gefunden hatte, wo in St. Louis ein Gesellenverein gegründet wurde.

Durch den unglücklichen Ausgang des Weltkrieges waren naturgemäß die deutschen Gesellenvereine in den Nachfolgestaaten der Donaumonarchie besonders bedroht. Auch in den übrigen außerdeutschen Ländern mußte der Zusammenhang mit dem gemeinsamen Werk wiederhergestellt werden. Die Jahre 1921—1925 waren denn auch ausgefüllt mit eifriger Sammlungsarbeit seitens der Leitung des Gesellenvereins.

Heute darf festgestellt werden, daß die volksdeutsche großdeutsche Einigung, die von Adolf Kolping durch seinen Gesellenverein gewissermaßen im Gesellenverein prätabiliert wurde, in weitem Maße wiedergewonnen ist. Der katholische Gesellenverein zählt heute in Österreich 100 Vereine, im Sudetendeutschum und in den deutschen Sprachinseln der Tschechoslowakei 40 Ver-

eine in den abgetretenen Gebieten Polens 80, in der Bukowina und Siebenbürgen 7, in den deutschen Siedlungen Jugoslawiens 8, in Südtirol 7, in Eupen-Malmédy 4 Vereine. Dazu zählen noch selbstverständlich die 7 Gesellenvereine in Danzig. In Nordamerika bestehen 20 Gesellenvereine, die in den letzten Jahren immer wieder Nachschub von deutschen Auswanderern erhielten. Nach dem Kriege, zuerst im Jahre 1923, sind in St. Paolo und in Buenos-Aires die ersten deutschen Gesellenvereine emporgesprossen. Heute bestehen in Südamerika weitere Vereine in Curitiba, Rio de Janeiro, Porto Alegre usw.

In den im deutschen Kulturkreis stehenden Staaten Schweiz und Holland zählt der Gesellenverein heute 60 bzw. 120 Vereine. Daß es sich bei all diesen Vereinen aber nicht nur um Vereinsbildungen schiedlich handelt, geht aus der Tatsache hervor, daß überall in ihnen die sozialen und kulturellen Einrichtungen gepflegt werden, wie diese auch charakteristisch für die Pädagogik des Gesellenvereins sind. Es sind hier zu nennen die Gesellenhäuser, von denen Österreich 31, die Tschechoslowakei 15, Jugoslawien 5, Nordamerika 15, Südamerika 4, Südtirol 4 haben und die auch in den übrigen auslandsdeutschen Gebieten bestehen. So sind dort kraftvolle Stützpunkte für die Gesellenvereinsarbeit gegeben. Die Wanderfürsorge bringt den dauernden Austausch aus den verschiedenen auslandsdeutschen Gebieten mit den reichsdeutschen Gesellen.

So geht ein kräftiger Lebensstrom durch den Gesamtorganismus des Gesellenvereins, der das volksdeutsche Gemeinschaftsgefühl immer wieder speist.

Namen sollte den Jungen immer wieder vor die Augen stellen, daß Ruhm und Königswürde, Stärke und Sieg im Kampf die höchsten Güter ihres Lebens seien. Wer aber empfindet oder denkt das heute noch, wenn er diese Namen gibt? Nur der Kenner weiß noch, was diese Namen bedeuten. Es braucht nun aber gar nicht der Fortschritt des Namens zu entscheiden. Wir nennen unsere Jungen nicht Ludwig oder August, weil sie — was die Worte bedeuten — „berühmt im Kampf“, ein „Götterpeer“ werden sollen, sondern weil wir ihnen die Eigenschaften und Tugenden der berühmten Träger dieses Namens wünschen und als Hochziel ihres Lebens aufstellen.

Das ist der christliche Sinn des Namenspatrons:

Dem jungen Menschen soll durch Aufruf mit seinem Namen immer vor die Augen „gerufen“ werden, was er werden und sein soll, mehr noch: er soll auch wissen, daß er es kann vermöge der Fülle seines Namenspatrons beim Geber aller Gaben. Erst in solchen Zusammenhängen bekommt auch das Fest des Namensabtages wieder seinen Sinn. In den genannten Beispielen sieht man auch, daß sich diese christliche Auffassung des Taufnamens sehr wohl mit der volksdeutschen verbinden läßt.

Man müßte unsere alten deutschen Heiligen nur mehr kennen;

dann verfielen man nicht immer so einseitig auf eine Wagner-Oper, wenn man seinem Kinde einen deutschen Namen geben will. Hier sind die Namen der Heiligen aus einem einzigen Frauenkloster (Friedensthal in Westfalen), von der Gründung im Jahre 851 bis rund 1400: Thiatild, Walhild, Reunodis, Ewanelburg, Thiedel, Adelmold, Windelswid, Goba, Gilla, Wiburg, Waltheil, Goba, Gertrud, Reginund, Jda, Heilwig, Jutta, Lise, Katharina, Wechtild Ingeborg. Oder ich verweise auf die Bürgerlisten unserer alten deutscher Städte: In Frankfurt am Main z. B. zählte man im Jahre 1385 unter 1662 anwesenden weiblichen Personen über 300 Elfen, nahezu 200 Käthen, 100 Guden (heute ganz ausgestorben), in großer Zahl: Drtrun, Irmingard, Zsengard, Hartmudis, Biegel, Dufe, Kefe, Damburg.

Gewiß, eine Schwierigkeit stellt sich uns in den Weg, wenn wir unsere Kinder nach den sich hieraus ergebenden Gesichtspunkten benennen wollen: Die Großväter und Großmütter oder die Väter fordern ihr Familien- oder Patenrecht. Aber hat es wirklich Sinn, ihre vielfach ganz zwangsläufig ererbten Namen ebenso zwangsläufig weiterzuführen? Das wäre nicht Tradition, sondern ein Weiter-schleppen leerer Fracht. Hedwig Krauskopf.

## Der Ständige Rat der Kleinen Entente zu Viermächtepakt und Abrüstung

Prag, 30. Mai. Der Ständige Rat der Kleinen Entente ist heute hier zu für drei Tage berechneten Besprechung zusammengetreten. Ueber die heutige Sitzung wurde eine Verlautbarung ausgegeben, in der u. a. zu dem Viermächtepakt und den Problemen der Abrüstungskonferenz Stellung genommen wird.

Zum Viermächtepakt wird darauf hingewiesen, daß der neue, den Außenministern der Staaten der Kleinen Entente mitgeteilte Vortragsentwurf mit dem Memorandum der französischen Regierung vom 10. 4. 33 übereinstimmt, in dem der Grundgedanke aufgestellt worden ist, daß der Pakt sich nur auf Fragen beziehen könne, die ausschließlich die Signatarmächte betreffen. Die Außenminister der Kleinen Entente, so heißt es weiter, nähmen die Verpflichtung der Vertreter der Viermächte zur Kenntnis, daß die Kompetenz des Völkerbundes durch Aktionen der Signatarmächte nicht berührt werde. Den Staaten der Kleinen Entente seien von der französischen Regierung formelle Garantien gegeben worden, daß alle Verträge einer Revision der Friedensverträge hinfällig würden. Deshalb könne der Pakt nicht auf eine Revision der Grenzen der Staaten der Kleinen Entente hinauslaufen.

Die drei Außenminister seien überzeugt, daß die Genfer Verhandlungen zu positiven Ergebnissen führen dürften. Sie nehmen den Plan der britischen Regierung als Grundlage für die Verhandlungen an. Mit Genugtuung verzeichneten sie den Beitrag Präsident Roosevelt zur Idee der Sicherheit. Dadurch, daß die Vertreter der Kleinen Entente den Grundgedanken der Herabsetzung des Rüstungsmaterials anerkennen, sei ihre Zustimmung zum Prinzip der Gleichberechtigung gegeben, die etappenweise und im Rahmen der Sicherheit für alle Nationen verwirklicht werden müsse.

## Bestellung von Partei-Vertrauensmännern in der Schutzpolizei

NRB. Berlin, 30. Mai. Durch das Polizeibeamtengesetz vom 19. Mai 1933 und die Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Polizeibeamtengesetz und zum Schutzpolizeibeamtengesetz vom 8. Mai 1933 sind alle im Polizeibeamtengesetz und den Ausführungsbestimmungen zum Polizeibeamtengesetz und Schutzpolizeibeamtengesetz enthaltenen Bestimmungen über die Beamtenauschüsse aufgehoben worden.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat nunmehr der preussische Minister des Innern in einem Rundschreiben an die staatlichen Polizeibehörden angeordnet, daß an die Stelle der Beamtenauschüsse bei der Schutzpolizei Vertrauensmänner zu treten haben. Der Vertrauensmann der Schutzpolizei ist das Bindeglied zwischen den Polizeioffizieren einer Dienststelle und den ihnen unterstellten Polizeimeistern und Wachmeistern.

Bestellt wird der Vertrauensmann von dem vorgeordneten Polizeioffizier, dem er beigegeben ist, für die Dauer des Kalenderjahres. Die Vertrauensmänner für das Jahr 1933 sind unverzüglich zu bestellen und zu beauftragen. Es sind bis auf weiteres nur solche Beamte zu Vertrauensmännern zu bestellen, von denen einwandfrei feststeht, daß sie vor dem 20. Juli 1932 für die nationalsozialistische Bewegung eingetreten sind.

## Austritte aus der sozialdemokratischen Fraktion der Hamburger Bürgerchaft

NRB. Hamburg, 30. Mai. Die bereits vor einiger Zeit angekündigte Spaltung in der sozialdemokratischen Fraktion der Hamburger Bürgerchaft ist nunmehr vollzogen worden. Die Abgeordneten Ehrenleit, Schotte und Umling, die führende Stellungen in den Freien Gewerkschaften einnahmen, sind aus der Fraktion ausgeschieden. Sie werden zunächst der Bürgerchaft als Fraktionslose weiter angehören. Man vermutet, daß die noch in der sozialdemokratischen Fraktion verbliebenen Gewerkschaftler demnächst den gleichen Schritt tun werden.

## Wie nennen wir unsere Kinder?

Sinn und Ursprung der Namen. — Der Kinoflat als Namenspatron. — Mode und Tradition.

Wenn Gott uns ein Kind schenkt — welchen Namen geben wir ihm? Selbstverständlich, einen „schönen“ Namen. Aber ist nicht wie alles sogenannte „Schöne“, auch der „schöne“ Name der Mode unterworfen? Von den Kleibern her sollten wir schon wissen, daß, je moderner etwas im Augenblick ist, um so schneller es auch veraltet. Der Name aber soll für ein Leben dauern! Nicht nur so lange wie der Ruhm der Kinoflats, Dorer und ähnlicher Zeitgenossen. Die Greta, Marlene, Diane, Lil oder Lilo (Dieser-otte) werden schon bald ebenso verstaubt und müßig sein, wie die Yvonne und Yvette von damals, als Französisch Trumpf war. Bei den Namen ist's wie bei den Möbelstilen, man sieht ihnen das Jahr an, d. h. den Roman, die Oper, oder was gerade einmal den Geschmack der Zeit bestimmte. Die Lotten und Gretchen waren die Mode der Weimarerzeit und der „Faustomiete“ in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts; die Elfen und Coas, Senias, Sigrids und Gerlinden zeigen, daß die Wagner-Begeisterung nicht tiefer ging, denn der Schwarm für „Alt-Heidelberg“, wonach die Knaben alle Karlheinz heißen mußten. Die Detlevs und Lathars, Edgar und Dieter, Sonja und Nora, Carmen und Dolores geben a Conto der Südermann, Jöben usw. Untersuchungen der Taufnamen an Hand von Standesamtsregistern z. B. von 1925 ergeben auf 100 Knaben 25 Horst, 21 Günther, 20 Heinz aber keine August, Johann, Wilhelm, Albert, Anton; bei den Mädchen überwiegen die Ursula, Inge; keins heißt mehr Emma, Beria, Lena. So kommen und gehen die Taufnamen mit der Mode. Bestimmend ist immer wie beim Kleid: das Parteigrüßer herrschte sie nur in den vornehmen Kreisen, heute sind durch Nachahmung und verstärkt noch durch den Massenkonsum

der Kinos auch die unteren Volksschichten davon ergriffen. Die Lise-Lotten und Inge-Lena auf der Leinwand rühren mit ihrer flimmernden „Lieblichkeit“ und ihrem „Edelmüt“ die sentimentalen Frauenjenseen. Und wie die Mütter sind dann die Töchter. Wie ihre Schrift, passen sie ihren Namen dem Tonfall der Kinowelt an. Die Maria nennt sich nicht mehr Mariechen, sondern Mary, Marion, Mariette, May, Mimi, Mulla, Mieke, Maribel, Ria, Ribi, Joli, Marina, Martha, Mascha, Marei oder Mus. Wenn's der Vater aber zu sagen hat, so erscheint im Standesamtsregister die Stahlhelmine, beim Autoliehaber — so gestand er selber — die Mercedes, beim Naturforscher die Lagerta. Schlimmer geht's nimmer.

Vielleicht, daß eben dieses auf die Höhe getriebenen Unsinns wegen heute eine starke Abwendung von dieser Art der Namensgebung sich spürbar macht. Bestimmt wendet man sich in den geistig hochstehenden Kreisen von den Modenamen ab,

man fragt nach dem Sinn der Namen.

Das Wiedererwachen und Erstarken unseres Deutschtums hat zur Folge, daß man zunächst einmal und selbstverständlich die ausländischen Namen meidet. So begrüßenswert aber diese mutige Hinwendung zum deutschen Kulturgut ist, fraglich bleibt es doch auch hier, ob nicht auch dies wieder zu einer Mode wird. Denn hat es Sinn, unsere Jungen wieder Hilbrand, Wolfhart, Gerwin zu nennen, ohne sich mehr dabei zu denken, als daß man dadurch sein Deutschtum beweise? Gilt deutsch war etwas anderes. Die germanischen Eltern wollten ihren Kindern ja doch nicht einen „schönen“ deutschen Namen geben, sondern ihren Sprößlingen in nahezu magischer Weise durch das Wort „Gilt“ (Kampf), „Ger“ (Speer) Glück in Krieg und Not wünschen. Ihre

## Die Stagerak-Wache zieht auf.



## Das Ruhegehalt auf 75 Prozent gekürzt

Vom Danziger Obergericht wurde in Sachen des Postinspektors i. R. G. u. h. n. in Poznań gegen die Freie Stadt Danzig folgendes Zwischenurteil verkündet: Der § 3 des Artikels II der Verordnung zur Änderung der Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten vom 11. März 1932 steht insoweit in Widerspruch mit der Verfassung, als er den Satz von 75 Prozent des Ruhegehaltsfähigen Dienstinkommens als Höchstmaß des Ruhegehalts derjenigen unmittelbaren Staatsbeamten bestimmt, die vor Inkrafttreten der Verordnung mit einem höheren Ruhegehalt als 75 Prozent des Ruhegehaltsfähigen Dienstinkommens in den Ruhestand getreten waren. Der Vertreter der Freien Stadt Danzig wird gegen diese Zwischenentscheidung Revision zum Plenum einlegen. Erst nach der Entscheidung des Plenums, ob die fragliche Bestimmung verfassungswidrig sei oder nicht, wird der Rechtsstreit seinen Fortgang nehmen.

## Vögel inmitten des Ozeans

Victor C. Wynne Edwards, der früherer Aufstos am Laboratorium für Biologie der Seevögel in Plymouth war und heute als Professor an der Mc Gill-Universität in Toronto wirkt, will in acht Kreuzfahrten über den Atlantik die Lebensbedingungen der Meeresvögel studieren. Er ist soeben von seiner ersten Reise in Plymouth angekommen. „Meine Beobachtungen“, erklärte Professor Edwards, „galten diesmal in erster Linie den verschiedenen Arten aus der Familie der Sturmvögel. Ich sah dabei aber auch mehrere andere Vögel, die ich mitten im Ozean am allerwenigsten zu finden erwartet hätte. Dazu gehörten beispielsweise der in Mitteleuropa weitverbreitete Steinschmäger, sowie ein paar in Süßwasser lebende Wildenten und zwei Pfeifenten. Alle diese Vögel waren an die 1400 Kilometer von der nächsten Küste entfernt. Während aber die Enten immerhin noch imstande waren, auf dem Wasser zu verweilen, war dies bei dem Steinschmäger nicht der Fall. Ganz rätselhaft ist es deshalb, wie er so weit vordringen konnte. Täte er das nicht, so wäre es ihm unmöglich, das Land wieder zu erreichen.“

## Gummiertes Holz wird feuerfest.

Um die Endzündbarkeit des Holzes herabzusetzen, verzieht man das Holz mit Antiriken verschiedener Art. Neuerdings versucht man, die Feuerfestigkeit des Holzes durch „Gummierung“ zu erhöhen. Man verwendet hierzu chemische Verbindungen von Gummi und Chlor. Diese chlorierten Gummiverbindungen haben die Eigenschaft, beim Erhitzen nicht zu verbrennen, sondern nur zu verkohlten. Auch bestimmte Kunstharze zeigen ein ähnliches Verhalten. Man verpricht sich von diesen neuen Antiriken beträchtliche Schutzwirkungen für das Holz.

Zur Erinnerung an den Tag der großen Seeschlacht am Stagerak sind auch jetzt wieder die Reichswehrschiffe in der Reichshauptstadt von den Stagerakwachen der Reichsmarine übernommen worden. In diesem Jahre verleiht den Ehrendienst eine Abteilung der Marineinfanterie Friedbrunn bei Kiel, während die Musikkapelle von der 3. Marine-Artillerie-Abteilung Zwinnmünde abgeordnet ist. Unsere Aufnahme oben



# Nus der Tätigkeit des Staatlichen Eichamtes

Die Inanspruchnahme des Staatlichen Eichamtes im Kalenderjahre 1932 war etwas geringer als im Vergleichsjahre 1930; die Gesamtzahl der geprüften bzw. geeichten Meß- und Wiegegeräte betrug rd. 97 000 (80 000 im Jahre 1931; 100 000 im Jahre 1930); der Rückgang gegenüber dem Vergleichsjahre 1930 umfaßt besonders Bier-, Wein- und Spirituosenfässer. Die Zahl der Anträge auf Prüfungen und Eichungen außerhalb der Amtsstelle (am Herstellungsbzw. Gebrauchsort) betrug 803 gegen 845 im Vorjahre und 682 im Jahre 1930; die wesentlich höheren Zahlen in den letzten beiden Jahren sind hauptsächlich dadurch entstanden, daß seit Anfang 1931 sämtliche in Danzig eingeführten Neigungs- waagen (Schnellwaagen und dergl.) grundsätzlich hier am Gebrauchsort geeicht werden müssen.

Zur Durchführung der im Berichtsjahre fällig gewordenen fristgemäßen Nach Eichung in den Landbezirken westlich der Weichsel, sowie in Poppo und in den Vororten von Danzig sind mit einer besonderen Reiseausrichtung (fliegende Amtsstelle) in 48 Nach Eichbezirken im ganzen 298 öffentliche Eichtage abgehalten worden. Während dieser alle 2 Jahre stattfindenden Nach Eichungsrundreise wurden 4940 Auftragsgeber mit 49 637 Meß- und Wiegegeräten (gegenüber 4707 und 49 254 im Vergleichsjahre 1930) abgefertigt; Zuwachs entfiel fast vollständig auf die Danziger Vororte und Poppo. — Ferner wurden im Berichtsjahre auf Antrag in 28 Apotheken im ganzen

1950 Präzisionswiegegeräte mit einer besonderen Prüfungsausrichtung nachgeeicht.

Das Personal des Staatlichen Eichamtes besteht seinen bisherigen Bestand von 2 Beamten, 2 Angestellten und 3 Arbeitern.

Nach langjährigen, schon bis in die Vorkriegszeit zurückreichenden Bemühungen ist es im Berichtsjahre endlich gelungen, für das Eichamt ein gut geeignetes staatliches Dienstgebäude (das ehemalige Verwaltungsgebäude des früheren Provinzialamts, Kielgraben 3a) zu erhalten; es ist nur noch ein kleiner Anbau zur Raumgehaltsbestimmung der Flüssigkeit und zur Prüfung großer transportabler Waagen und dergleichen durchzuführen. Dieser Anbau wird in diesem Sommer fertiggestellt werden.

Die Zahl der im Berichtsjahre zur Neueichung (ersten Eichung) vorgelegten Meß- und Wiegegeräte war fast bei allen Gattungen ungefähr die gleiche wie im Vorjahre, nur bei den Flüssigkeitsmaßen war ein Mehr von rund 3000 Stück, und zwar wurden hauptsächlich größere Posten in Polen hergestellt. Die gewöhnlichen neuen Meß- und Wiegegeräte, wie einfache Längen- und Flüssigkeitsmaße, eiserne Gewichte, Tafelwaagen und zum Teil auch Dezimalwaagen wurden im Berichtsjahre

fast ausschließlich aus Polen eingeführt,

weil durch die neuen polnischen Zollmaßnahmen die Einfuhr dieser Geräte aus Deutschland unmöglich ist. Hierdurch sind dem Eichamt neue Schwierigkeiten und den Danziger Eisenwarenhändlern außer den Schwierigkeiten auch erhebliche Unkosten entstanden, weil besonders die Flüssigkeitsmaße und Waagen polnischer Herkunft nicht ganz den hiesigen Eichvorschriften entsprechen und erst wiederholt geändert bzw. berichtigt werden mußten. Besonders schwierig wird jetzt für das Gebiet der Freien Stadt Danzig die Beschaffung neuer guter eichfähiger Dezimalwaagen, für die verschärfte Eichvorschriften bestehen. Die dem Eichamt in letzter Zeit zur Prüfung vorgelegten, in Polen hergestellten Dezimalwaagen entsprachen in Material und Ausführung sämtlich nicht unseren Eichvorschriften und mußten zurückgewiesen bzw., soweit überhaupt noch möglich, entsprechend umgebaut werden.

Es wäre sehr wünschenswert und zweckmäßig, wenn hiesige gewerbliche Unternehmer die Herstellung guter neuer, allgemein gebräuchlicher Dezimal- und Tafelwaagen aufnehmen könnten.

Alle feineren Meßgeräte und Waagen, insbesondere Neigungs- waagen, werden wohl weiterhin trotz der erhöhten Zölle aus Deutschland eingeführt werden müssen.

Der Zustand der zur Nach Eichung gebrachten Meß- und Wiegegeräte hat sich auch im Berichtsjahre nicht merklich gebessert. Ein großer Teil der Flüssigkeitsmaße, Milchmaße, Gewichte und Waagen war verrostet, verformt und teilweise auch durch unsachgemäße Behandlung beschädigt und unrichtig. Besonders die Waagen der Marktbediener und Kohlenhändler waren fast sämtlich durch Transporte und schlechte Behandlung stark abgenutzt bzw. verbogen oder beschädigt und hatten daher in der Anzeige sehr grobe Fehler, die oft sogar das Mehrfache der gesetzlich gestatteten Vertiefungsgrenzen betragen. Einzelne Waagen waren infolge starker Beschädigungen zum Wägen vollkommen unbrauchbar. Unter diesen Waagen wurden auch mehrere

beobachtet, an denen offensichtlich grobe Verfälschungen zum Eigennutz vorgenommen sind. Diese Wahrnehmungen sind sofort dem Herrn Polizeipräsidenten zur weiteren Veranlassung mitgeteilt worden. Gerade bei den im öffentlichen Verkehr stark beanspruchten Waagen muß auch von tausenden Publikum selbst noch mehr auf richtige Aufstellung und Einpendelung und gute Beschaffenheit der Waagen geachtet werden.

Die Einnahmen an Eichgebühren im Rechnungsjahre 1932 werden rund 77 700 Gulden betragen

gegen rund 82 600 Gulden im Vergleichsjahre 1930; im Jahre 1933 wird eine Senkung der Eichgebühren zur Geltung kommen. Bei den Ausgaben ist eine wesentliche Ersparnis an jährlichen Verwaltungsausgaben durchgeführt worden.

Bei den vom Polizeipräsidenten Danzig durchgeführten Revisionen wurden im Berichtsjahre wieder zahlreiche Uebertretungen der Maß- und Gewichtsordnung festgestellt und in 340 Fällen Strafverfügungen erlassen (326 im Vorjahre). — In den drei Landkreisen, in denen die polizeilichen Revisionen bestimmungsgemäß alljährlich mindestens einmal stattfinden müssen, wurden im Berichtsjahre insgesamt in 47 Fällen polizeiliche Strafverfügungen wegen Uebertretung der Maß- und Gewichtsverordnung erlassen.

Nach Mitteilung des zuständigen Amtsgerichts sind im Berichtsjahre im ganzen 10 Gerichtsurteile wegen Uebertretung der Maß- und Gewichtsordnung und 1 Gerichtsurteil wegen Betrug im Maß- und Gewichtswesen ergangen und rechtskräftig geworden;

in allen Fällen erfolgte die Verurteilung der Beschuldigten. In zwei weiteren Betrugsfällen wurde das Verfahren wegen unzureichender Beweise eingestellt.

Das Maß- und Gewichtswesen im Gebiete der Freien Stadt Danzig ist trotz der zahlreichen besonderen im Freistaatgebiet vorliegenden Schwierigkeiten durchaus geordnet und mindestens auf demselben Stande wie im Deutschen Reich; auch die ständig schnell fortgeschreitende Entwicklung der Eichtechnik besonders auf dem Gebiete der Meßwerkzeuge und Waagen wird laufend inhaltlich vollständig nach den gleichen Vorschriften und Ausführungsbestimmungen berücksichtigt wie im Deutschen Reich.

## Keine Gnadeneingaben mehr an den Preussischen Landtag

Berlin, 29. Mai. Wie das VöD-Büro meldet, hat der preussische Justizminister dem nationalsozialistischen Reichstagen des Reichsausschusses des Preussischen Landtages, Abg. Dr. M. H. S., mitgeteilt, daß auf Grund des Reichsgesetzes der Gleichschaltung der Länder mit dem Reich der Preussische Landtag nicht mehr befugt ist, über Eingaben zu befinden, die Gnadensuche betreffen. Für solche Eingaben ist vielmehr jetzt, was die Bearbeitung anlangt, das preussische Justizministerium zuständig. Ueber die Begna-

bigung hat der preussische Ministerpräsident zu entscheiden. Dem Landtag ist aufgegeben worden, die bisher eingegangenen Gnadensuche den Geflüchteten zurückzugeben, wobei die Petenten auf die Neuordnung hinzuwirken sind. Dem neuen Preussischen Landtag sind 552 Gnadensuche bisher zugegangen, die nun an die Antragsteller zurückgehen und von ihnen gegebenenfalls den zuständigen Stellen wieder vorgelegt werden müssen. Es handelt sich bei den Gnadeneingaben ausschließlich um Bitten von Strafmilderung oder Straferlaß.

## Schluß der Theater-Spielzeit.

Am heutigen Mittwoch, 19. Uhr, wird als letzte Vorstellung dieser Spielzeit Richard Wagners Oper „Der Meisterfinger von Nürnberg“ gegeben. In dieser Aufführung singen als Gäste Josef und Schirach von der Stadttheater Oper Berlin das Duett, Max Roth vom Landes- theater in Stuttgart, der bereits im Vorjahre gastieren sollte, den Hans Sachs, Karl Lauffbitter von der Staatsoper Berlin den David. Für die Partie des Walter Stolzinger wurde der jugendliche Heldentenor der Städtischen Oper in Leipzig, Ernst Neubert, verpflichtet, da Wally Störing noch immer krank ist. Zu der Aufführung haben die Presse 6 Gültigkeit. In dieser Vorstellung treten Carl Erik Kempendahl und Walter Jölicher vor ihrem Scheiden aus Danzig zum letzten Male auf.

## 1000 Gulden Strafe wegen einer Gefälligkeit.

Das Schöffengericht verurteilte gestern den Kaufmann Kuno S. aus Danzig zu einer Geldstrafe von 1000 Gulden. S. hatte in seiner früheren Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrats des „Danziger Bankvereins“ auf Bitten des damaligen Direktors Grüne bei einer Kassenbestandsaufnahme einen Gefälligkeitsscheck in Höhe von 30 000 Gulden in die Kasse gelegt. Auf diese Weise sollte den Revisionsbeamten ein höherer Kassenbestand vorgegaukelt werden.

Mit Rücksicht auf die Tatsache, daß durch das Vorgehen des Angeklagten keine direkte Schädigung der Bank eingetreten ist, billigte das Gericht dem Angeklagten mildernde Umstände zu und erkannte auf eine Geldstrafe von 1000 Gulden.

## Trasportverkehr Danzig-Schweden?

Wie die polnische Telegraphenagentur mitteilt, wird die Gründung einer schwedisch-polnischen Gesellschaft mit 200 000 Kronen geplant, die einen Eisenbahnverkehrsverkehr zwischen Danzig und der Stadt Malmö einrichten soll. Die von schwedischen Werften zu bauende Motorfähre soll eine Länge von 68 Meter haben und bis zu 20 Autos transportieren können. Auch sollen Röhren für etwa 40 Passagiere eingerichtet werden.

Der ursprüngliche Plan einer Transportverbindung zwischen Göttingen und Schweden dürfte somit fallengelassen worden sein.

## Arrest der Volksstimme bestätigt

Untersuchungsrat Hempel verkündete gestern vor- mittag die Entscheidung in Streckfaden Forster und Buchdruckerei- und Verlagsgesellschaft. Der Arrest- befehl vom 16. Mai wird in vollem Umfange bestätigt, die Kosten des Verfahrens trägt die Beklagte.

## Englische Pressestimmen zu den Danziger Wahlen

W.B. London, 30. Mai. Unter der Überschrift „Danzig — eine europäische Gefahrezone“ führt „Daily Tele- graph“ in einem Leitartikel aus: Die Nationalsozialisten haben in Danzig einen guten Anfang gemacht, indem sie in der Stadt ihres Wahlsieges Selbstbeherrschung zeigten. Der Reichs- fänger wird es wahrscheinlich aus Herrn Raufsching zur Pflicht machen, die Verwaltung der Stadt in der bis- herigen Weise fortzuführen und vor allem keine Schwierig- keiten mit Polen zu schaffen. Dennoch liegt es auf der Hand, daß der nationalsozialistische Sieg in Danzig ein Ereignis von internationaler Bedeutung ist. Es ist die erste nachdrückliche Neuherstellung des Wunsches einer überwiegenden deutschen Gemein- schaft außerhalb der Reichsgrenzen nach Rückkehr in das Reich. (Das ist un- wahr, denn allezeit hat die deutsche Be- völkerung diesen Wunsch offen zum Ausdruck gebracht. Die Schriftst.)

Ähnliche Betrachtungen stellt „Times“ in einem Leit- artikel an. Es sei hervorzuheben, daß die Partei entschlossen sei, die bestehenden Verträge zu achten, was Herr Raufsching in seiner sehr klugen Ansprache an die Pressevertreter noch näher ausgeführt habe. Die Lage werde ungefähr die gleiche sein, als wenn in einem Nachbarlande Auslands die Verwaltung in die Hände einer kommunistischen Partei gelangt wäre. Während die Verfaller Regelung unangefastet und Danzig nach wie vor unabhängig vom Deutschen Reich bleiben mag, wird unter einer nationalsozialistischen Verwaltung diese Unabhängig- keit schwerlich mehr als eben theoretisch sein können.

## Badezimmer in Moskau

„Wir wollen einmal über unsere Badezimmer plandern“, so beginnt „Moskau am Abend“, die Zei- tung des dortigen Stadtkommissars, eine Schilderung aus dem Moskauer Alltag. „Manche Einwohner haben ihre Badezimmer in Lagerräume umgewandelt. Da werden Körbe, Koffer und Kisten herangeschleppt. Das ist der Anfang. Dann wird das Badezimmer als La- gerraum für Kartoffeln benutzt. Aber das ist noch harmlos. Unter Zuhilfenahme sämtlicher Augen kann man zur Not noch verstehen, daß die Badezimmer zum Wäschewaschen benutzt werden. Was aber über alle Begriffe geht, ist, daß die Badezimmer als Star- pelplatz für alle Art Unrat und überflüssige Gegen- stände dienen. Es genügt, wenn ein Einwohner seine alten Schuhe in eine Ecke des Badezimmers schleudert, und schon folgen die anderen Mitbewohner und laden im Badezimmer leere Konservendbüchsen und schmutzige Lumpen ab. Mitunter hört man aus dem Badezimmer auch das Krähen eines Hahnes und Hühnergegerle. Unsere Badezimmer dienen allem, nur nicht ihrer Be- stimmung. Oft wird in den Wannen Brennmaterial aufbewahrt. Der Fußboden ist verschmutzt, von der Decke hängen Spinnweben. Es ist gewöhnlich sehr still in den Badezimmern. Nur wenn eine Geburts- tags- oder Hochzeitfeier ist, erscheint im Badezimmer ein angetrunkenes Gast, um sich zu übergeben.“

## Kanalflyger, ohne es zu wissen

Ein nicht alltägliches Abenteuer erlebte der ein- undzwanzigjährige E. A. Starling aus London, der eines Morgens früh in den Straßen von Calais lan- dete, nachdem er, ohne es zu wissen, den Kanal über- flogen hatte. Er befand sich zwecks Erreichung des Führerzeugnisses für den Flugdienst auf einem Probe- flug. Abends um 11 Uhr hatte er den Flugplatz Croydon verlassen und war bald in starken Nebel ge- raten, in dem er die Richtung verlor. Plötzlich sah er Lichter unter sich, die er für Signale des Zielflug- platzes hielt. Nach einigen Runden ging er nieder und befand sich nur noch wenige Meter über dem Erdboden, als er zu seinem Schrecken sah, daß er sich über einem Straßenzug befand und die vermeintlichen Lichter des Flugplatzes Gaslampen waren. Nachdem er ein paar Meter weitergerollt war, wurde sein Flugzeug durch einen Laternenpfahl aufgehalten. Da- bei brach das rechte Rad ab, und ein Flügel wurde be- schädigt. Der Pilot selbst blieb unverletzt. „Ich bin über den Kanal geflogen und habe es nicht gemerkt“, meinte er, „und hätte ich nicht die Lichter gesehen, die ich für die des Flugplatzes Lympne hielt, so wäre ich, solange mein Brennstoffvorrat reichte, weitergefliegen.“

# Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten!) (23)

Das Gesicht zweier Brüder steht scharf und schwer im Vordergrund dieses Prozesses, der noch ein Opfer zu fordern scheint.

Dieses Opfer ist das Mädchen, von dem ich vorher sprach, Gertrud, die eigentliche Besitzerin des gewesenen Erlenhofes. Bezugs wenigstens die Falscher äußerlich eine gewisse Ruhe, begehren sie wohl auf und versuchen sie bestig, sich mit ihrem Verteidiger gegen das über sie hereinbrechende Mißgeschick — nein — gegen die aufkommende Wirklichkeit und gegen die für den Frevler erforderliche Sühne zu stemmen — so tröstet sie in kritischen Momenten leidenschaftlich auf und ruft immer von neuem ihr: „Er ist unschuldig, er ist nicht schuld“ vor Richter und Geschworene hinaus. Ich möchte sagen, ein starker Mensch, muß mich aber an- gefichts des Sachverhaltes verbittern und sagen: ein bedauernswerter und ein nicht mit den vorliegenden Verhältnissen rechnender Charakter. Wie groß aber muß die Zuneigung sein und wie außerordentlich hat man den Mann zu beneiden, der einer solchen Liebe teil- haftig wird. Schade, daß die junge, schöne Erlerin ihre Hand nicht einem Würdigeren zu schenken wußte.

Und wenn ich so alt werde wie jener Greis, der in wenigen Sekunden von Flammen umzingelt wurde, der länger als eine Stunde von ihnen lobend um- geben war und dennoch in ihnen zu atmen wußte, der einen Weg aus dem Schwere und aus der Furcht- lichkeit fand, einen Weg des Nichtbegriffenskönnens und der höheren Vorlesung — möchte er auch zum

Tode führen — niemals — niemals werde ich das kleine, blonde Mädchen vergessen, mit den stehenden Augen und dem Schmerz, mit dem Schmerz des ver- wundeten, betrübten und bangen Herzens in ihrer Stimme.

An einem Freitag fanden die Vorträge des Ver- teidigers und des Vertreters der Anklage statt. Im Zuschauerraum drängten sich die Neugierigen eng zu- sammen, das Gericht war belagert von Menschenmal- len, Türen und Tore wurden bestürmt. Die Zahl der Gerichtsdienstleute wurde durch Schupo verstärkt werden, so heftig war das Verlangen, teilzunehmen an der Ent- scheidung, anwesend bei dem wichtigsten Teil der Ver- handlung zu sein.

Als der Präsident die Sitzung eröffnete, wurden zunächst noch Gutachter über Karl Kellers persönliche Eigenschaften, Vorzüge und Nachteile vernommen. Der Pfarrer äußerte sich in günstiger Weise über den An- geklagten, nicht weniger der Rektor aus Pölnitz, der den Lehrer als beispielloses Bild des Ehrgeizes und des Fleißes, der Gewissenhaftigkeit und der Seriosität in allen Dingen hinstellte.

Die Worte des Präsidenten ertönte, der Staats- anwalt erhielt das Wort. Hochauf rechte er sich, beugte sich vor und sprach scharf und abgemessen, jedes Wort schwer wie Stahl und jede Silbe betont, als ob von ihr das Schicksal eines Menschen abhängig wäre.

Von einem Geschworenen wurde im Verlaufe dieses Prozesses darauf hingewiesen, daß im Volke verschiedenartige Vorstellungen über das deutsche Ge- richtswesen umgehen, Vorstellungen, als wenn wir, die Männer des Rechts, seine Vertreter und Ver- fechter, nicht immer so handelten, wie es sich gebührt. Sagen möchte ich hierzu, daß alle die, die einen schwar- zen Talar tragen und sich dem schwierigen Amt der Rechtsprechung in allen seinen Zweigen ergeben haben, zu Schöffen oder Geschworenen ernählt wurden, mit bestem Willen und Gewissen ihres hohen Dienstes

walten und sich der Verantwortung, die sie freiwillig auf sich nahmen, unabweisend bewußt sind. Es mag sein, daß durch die Starrheit des Gerichtswesens, durch sein Paragrafenhumor, dem ungeheuren Vorteile nicht abzugreifen sind, für den Laien Entscheidungen ent- stehen, die er ohne nähere Erklärung niemals begrei- fen wird. Es kann auch sein — und das gebe ich zu — daß in der jüngsten Zeit allzu große Rücksicht auf das genommen wird, was mir gemeinsam mit Menschlich- keit bezeichnen. Wir wollen aus dem Verbrecher wie- der ein nützliches und der Allgemeinheit dienbares Glied unserer Gesellschaft und ihrer Ordnung machen. Das bewegt uns manchmal zu Rücksichtnahmen, die draußen mit falschen Einstellungen betrachtet werden. Wenn es irgendwie möglich und notwendig ist, wollen und müssen wir uns gegen den Geboten eines ver- zeihenden Verzeihens beugen. Das aber hier zu tun, in diesem Prozeß, in diesem Falle — meine Herren, das hieße das Volk erneut aufbringen, und das würde die Veranlassung dazu sein, von einer abermaligen unverständlichen Stellungnahme zu sprechen. Mit gutem Grunde. Mit sicherem Gefühl.

Ich habe es mir in den Tagen, die diese Verhand- lung gedauert hat, überlegt, habe scharf und ernst dar- über nachgedacht, ob ich als Vertreter der Anklage irgendwo und irgendwie ein für Karl Keller günstiges Moment erblicken kann. Ich habe umsonst gesucht. Meine Bemühungen waren vergebens. Ich erkenne in ihm einen Vertreter jener Verbrecher, die kalt und gewissenlos, grausam und roh an die Ausübung einer Freveltat gehen, vor keinen Folgen zurückschrecken und sich noch dazu zu einem unerklärlichen, zu einem unverständ- lichen, ihr tiefes Gefühlsleben aber völlig beleuchteten- des Reuegen bereit finden. Deshalb bin ich für Aus- nahme aller im Gesetz vorgeschriebenen Maßnahmen. Ohne Einschränkung und Milderung. Zwei Jahre Zuchthaus ist die Strafe, die von der Staatsanwalt- schaft beantragt sind.“

Raut und scharf drangen die Sätze in den Saal, die Verkündung der vorgeschlagenen Sühne hieß wie ein Geißelschlag an jedes Ohr.

Der Verteidiger erhielt nach kurzer Pause das Wort und knüpfte seine Ausführungen an die der Gut- achter an. Er sagte, nein, er rief laut: „Wie kann man es wagen, einen solchen Mann zu bezichtigen, Gemein- heit begangen zu haben? Wie ist es möglich, daß ein rechtschaffener Bürger vor die Schranken eines Ge- richtes gerufen wird, um sich einer Unschuldigung zu erwehren, die niemals in den Gedankenkreis seiner Vorstellungen gekommen ist? Gewiß, es stimmt, daß Karl den Fluch des Bruders unterstützte, und es trifft zu, daß er sich Well gegenüber in Feindschaft befand. Das reicht aber nicht aus, um eine freverliche Hand- lung zu begehen, und diese Gründe sind nicht genü- gend, um ein so weitgehendes Unheil heraufzubeschwören zu können. Es wurde behauptet, daß die Möglichkeit bestünde, Keller habe angenommen, durch Zerstörung des Hofes schneller zu seinem Ziele — zu einer Ver- einigung mit der jungen Erlerin — zu kommen. Diese Erwägung ist so klug, so fest und so unwahrscheinlich, daß ich nicht näher auf sie einzahlen will. Lassen Sie mich lieber zu jenem ersten Beweis übergehen, der von der Gegenseite aus als wichtigste Grundlage der Bezeichnung betrachtet wird. Und das ist das Geständ- nis des alten Schwier. Man hat keinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Mannes gehabt, trotzdem es feststeht, daß er im Lande herumvagabundierte und im allgemeinen als rechter und schlechter Trottel bekannt war. Auf seine Anklage hin hat man den ersten Pstel- ler der Unschuldigung gehabt. Nun bitte ich Sie: Dieser Mann wird schmerzerkrankt in ein Krankenhaus gebracht. Er ermahnt nur noch zu einer Art von Dämmerzustand, flüßt gurgelnde Laute aus, leucht, kämpft mit den Silben und formt sie schließlich zu der Nachricht zusammen, daß er Karl Keller beim Feuer- machen erblickt habe.“ (Fortsetzung folgt.)



## An der Schwelle des ersten Welt-Getreideschnittes

Die Gefahren der Chicagoer Weizenhaussse — Import- und Export-schwierigkeiten Deutschlands — Der Einfuhrbedarf Westeuropas gedeckt — Keine grundlegenden Einflüsse der russischen Käufe.

Nicht nur in politischer Beziehung steht der Erdball vor schwerwiegenden Entscheidungen, sondern auch das Heranrücken der neuen Getreideernte wirft Probleme auf, von deren Lösung für den weiteren Gang der wirtschaftlichen Entwicklung vieles, wenn nicht alles, abhängt. In etwa 8-10 Tagen wird in dem südlichen Teile der Vereinigten Staaten mit dem ersten Weizenchnitt begonnen und in rascher Folge schließen sich die unter etwas höherem Breitengrade gelegenen Distrikte der Union, gleichzeitig aber auch diejenigen Südeuropas an.

Es dreht sich jetzt alles darum, die Bewegung der Ernten so zu lenken, daß nicht wieder, wie so oft in früheren Jahren, Stauungen und mit ihnen ein verhängnisvoller Druck des Angebotes auftreten.

Hier den goldenen Mittelweg zu finden, dürfte eine der wichtigsten administrativen Aufgaben der großen Speicher- und Elevatoren-Gesellschaften in den U.S.A. sein.

Einige wenige Tage schien es, als würde das Kaufieber der amerikanischen Weizenproduktion zum Stillstand kommen. Die Notierungen gingen vorübergehend sogar erheblich zurück, um gleich darauf einen neuen und so fürchterlichen Kavaliere Platz zu machen. Würde sich an dieser Tätigkeit nur der echte Konsum und die berufsmäßige Spekulation beteiligen, so ließe sich gegen das Tempo der Aufwärtsbewegung nicht viel einwenden, wenngleich die europäischen Handelshäuser das sprunghafte Emporsteigen der Notierungen mit einer starken Skepsis begleiten.

Was jedoch dem augenblicklichen Getreidegeschäft in der Union einen besonderen Anreiz gibt, ist die Tatsache, daß sich in ihm zahllose Mittläufer aus den Reihen des Publikums befinden, die nicht eilends genug in eine Tür hinein und bei erster, bester Gelegenheit durch die gleiche wieder heraus wollen.

Dadurch wird ein Unsicherheitsfaktor aller ersten Manges in die Situation des Weltgetreidemarktes hineingetragen.

Auch nach anderer Richtung hin gibt es kritische Zonen. Bekanntlich wird sich die Weltwirtschafts-Konferenz u. a. mit der Frage der Beschränkung des Anbauareals in den großen Getreideproduktionsgebieten (U.S.A.), Kanada, Argentinien und Australien).

beheften. Wie man hört, ist eine Drosselung von 10 % für diese Länder in Aussicht genommen, und es scheint auch bis zu einem gewissen Grade Einigkeit über die Höhe der Quoten zu herrschen. Dagegen ist die Frage hart umstritten, ob — wie es die La Plata-Staaten und Australien wünschen — der gesamte amerikanische Kontinent hierbei seine Ueber-schüsse einkaufeln soll oder nicht. Unter der Voraus-setzung einer normalen Ernte erbringen die 4 oben erwähnten Länder einen Ertrag von 1 650 Mill. Hh. Rechnet man hierzu 350 Mill. Hh. als Uebertrag, so erhält man eine Summe von 2 Mrd. Hh., um deren sechsten Teil — 200 Mill. Hh. — das Anbauareal zu kürzen wäre. So leicht auf den ersten Blick hin eine Verständigung über diesen Punkt erscheint, dürfte er bei der Londoner Konferenz hierüber beratenden Staaten doch manche Mühe zu machen geben.

Der Zufuhrbedarf der meisten europäischen Staaten kann als gedeckt gelten. Was England noch an Ware

gebraucht, bezieht es von Australien; Frankreich ist sogar gezwungen, einen erheblichen Teil seiner Vorräte ins neue Jahr hinfürzunehmen und Italien scheint mit seinen Beständen zu reichen, da der Konsum gegenüber 1931/32 um etwa 8 bis 10 Prozent zurückgegangen ist. Nur noch wenige Interessenten zeigen sich für überseeischen Weizen; zu ihnen gehört einmal Griechenland, dann die Tschechoslowakei und die Sowjet-Union. Man darf sich nur nicht etwa vorstellen, daß die Anschaffungen Rußlands den Markt grundlegend zu beeinflussen vermögen, wohl aber ist sein Auftreten als psychologisches Auftriebsmoment von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Nicht ganz einfach liegen die Verhältnisse in Deutschland. Die hohen Auslandsnotierungen hindern die heimischen Mühlen, Material zwecks Verarmung von Uebersee heranzu-jahren, auf der anderen Seite fest es den deutschen Mühlen an Exportmöglichkeiten für Mehl und zwar sowohl für Weizen- wie Roggenmehl, da kürzlich Holland seine Grenze für die deutsche Ausfuhr gesperrt hat.

Der Abschluß der deutschen Getreidemission vom Weltmarkt und das vorläufige Fehlen einer Erklärung der Reichs-regierung über ihre künftigen Absichten geben dem Verkehr während der letzten Tage einen etwas unsicheren Charakter.

Zunehmend genügt die von der Landwirtschaft geübte Verkaufsdisziplin, dem Markte einen Rückhalt zu geben. Man darf bei Betrachtung der deutschen Getreidelage niemals außer acht lassen, daß in 1931/32 während der Monate April bis Juni etwa 1,4 Mill. T. Auslandsware ins Land genommen werden mußten, während es diesmal nur rd. 0,5 Mill. T. sind. Die Ueberflüsse der eigenen Ernte sind von der Konjunkturs- bzw. Kopplungsaktion aufgelöst worden, so daß Deutschland mit seinen Vorräten gerade durchkommen dürfte. In dieser Lage trifft es sich günstig, daß die Tempera-turen wieder rasch steigen und ein großer Teil der Kinder-

herden auf den Weiden ausreichende Nahrung findet. Damit hängt auch das Erlahmen des Interesses für die Futtermittel aus England zusammen.

## Die polnische Getreide-Intervention

Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Staatlichen Getreide-Industriewerke ihre auf dem polnischen Binnenmarkt vorgenommenen Interventionskäufe von Roggen und Hafer, die im laufenden Landwirtschaftsjahre 1932/33 erst vor nicht ganz drei Monaten eingeleitet haben, bereits in nächster Zeit wieder einstellen müssen. Der den Werken in diesem Jahre noch verfügbar gewesene Interventionsfonds von nahe-zu 25 Mill. Zloty ist bald erschöpft, da die Werke das von ihnen in Polen aufgekauft Getreide nur mit ständig wachsendem Verlust auf ausländischen Märkten absetzen können. Die Werke legen gegenwärtig in Kongresspolen für Roggen einen Preis von 17,50 Zloty frei Verladestation an, der sich nach Zurechnung von 4 Zloty Fracht (3 Zloty Bahnfracht nach Danzig/Odungen und 1 Zloty Schiffsfracht von dort nach Skandinavien) und Abrechnung von 6 Zloty Ausfuhrprämie frei nordische Häfen auf durchweg 15,50 Zloty stellt, während für diesen Roggen auf den skandinavischen Märkten zurzeit bestenfalls 10,16 Zloty erlößt werden. Trotz der hohen Ausfuhrprämie müssen also die Werke auf jede Tonne exportierten Roggen noch über 50 Zloty zulegen; beim Haferexport nach Skandinavien werden zur Zeit bei einer Ausfuhrprämie von 40 Zloty noch 15 bis 20 Zloty per T. zugezahlt. Die polnische Regierung sieht keine Möglichkeit, den Werken aus eigenen Mitteln einen neuen Interventionsfonds zur Verfügung zu stellen, und ist daher auf den Gedanken verfallen, einen solchen neuen Fonds durch neue besondere Abgaben und Steuerzuschläge durch die Steuerzahler aufbringen zu lassen. In dieser Absicht wird die Schaffung eines besonderen Interventionsfonds für Getreidekäufe projektiert. Dieser neue Fonds soll nur zum kleinen Teile aus Dotierungen des Staatsbüchses aufgebracht werden, zur Hauptsache jedoch aus Zuschlägen zur Umsatz- und Grundwertsteuer sowie aus dem Erlös einer Reihe neu einzuführender kleiner Abgaben der Landwirtschaftsprodukte verarbeitenden Industrien und Gewerbe (Schlachthäuser, Mühlen usw.). Die Urheber dieses Projektes beranschlagen, daß auf diese Weise binnen zwei Jahren ein Fonds von 100 Millionen Zloty aufzubringen gebracht werden kann. Der Ministerrat wird sich mit diesem Projekt demnächst zu beschäftigen haben.

## Berliner Produktenmarkt

Vom 30. Mai 1933.

Weizen 193-195; Mai 206¼-205¼; Juli 209-208¼ Tendenz: matt. Roggen 153-155; Mai 166¼; Juli 166¼, bis 166¼. Tendenz: matt. Futter- und Industrieernte 16 bis 175. Tendenz: matt. Hafer 133-137; Mai 137; Juli 142. Tendenz: matt. Weizenmehl, matt 23-27¼; Roggenmehl, matt 20¼-22¼; Weizenkleie, ruhig 8,80-9,00; Roggenkleie, ruhig 9-9,20. Vittoriaerbsen 22¼-23¼; R-Speiserbsen 19-21; Futtererbsen 13-15; Pelusaten 12¼ bis 14; Ackerbohnen 12-14; Widen 12-14; Lupinen, blau 9,40-10¼; Lupinen, gelbe 12-13; Seradella, neue 16¼ bis 18; Leinfuchsen 10,60-10,70; Erdnüssen aus Hamburg 10,70; Erdnüssenmehl ab Hamburg 11,30; Treibschrot 8,50; Extrahiertes Sojabohnenschrot ab Hamburg 9-9,15 Extrahiertes Sojabohnenschrot ab Stettin 10; Kartoffelflocken 13,10-13,20.

## Danziger Getreidebörse.

Letzte amtliche Notierung vom 24. Mai 1933. Weizen, 125 Pfund 21,25; Weizen, 125 Pfund 20,60; Roggen, Export, ohne Handel; Roggen, Konsum 10,75; Gerste, feine 9,80-10,00; Gerste, mittel 9,25-9,50; Gerste, geringe 8,75-8,85; Hafer 8,40-8,75; Roggenkleie 6,40; Weizenkleie grobe 6,40; Weizenjale 6,60 Gulden. Alles Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Nicht amtlich. Vom 30. Mai 1933. Weizen, 125 Pfund 21,25; Weizen, 125 Pfund 20,75; Roggen 10,80; Traugerste 9,80-10,00; Futtergerste 9,00 bis 9,70; Hafer 8,40-8,80; Roggenkleie 6,80; Weizenkleie 6,45; Weizenjale 6,65 Gulden per 100 Kilogramm frei Danzig. Weizen wird unverändert mit 10,75 Gulden in guter Qualität gehandelt. Roggen sehr stark angeboten. Die polnische Staatliche Getreidegesellschaft hat den Preis herabgesetzt auf 5,00 Gulden per Zentner.

## Schiffe im Danziger Hafen.

Eingelaufene Schiffe.

Vom 30. Mai 1933. Dän. D. „Bibele Maerf“ (514) von Odense, leer (Vergenske). Dtsch. Sch. „Zajon“ (54) von Swinemünde, leer (Vergenske). Poln. D. „Gieszn“ (758) von Gelsingfors mit Gütern (Pam). Dtsch. D. „Eyl“ (478) von Hamburg mit Gütern (Vergenske). Poln. D. „Chorow“ (489) von Odungen, leer (Pam).

Vom 31. Mai 1933.

Dtsch. D. „Marta“ (295) von Hamburg, leer (Vergenske). Dtsch. D. „Jupiter“ (329) (Wolff).

## Schiffe, die in Danzig erwartet werden.

D. „St. Robert Morh“ (Morh). D. „Sonnenfelde“ (Vergenske). D. „Sängsee“ (Vergenske). MS. „Elin“ (Vergenske). D. „Konul Hing“ (Etilert).

## Die Bedeutung der Weichsel für Polen

Ueber die Bedeutung der Weichsel für unseren Staat spricht in einem besonderen Artikel in den Spalten des letzten Heftes der Monatschrift „Dob nasego morza“ (Von unserem Meere) Prof. K. Chybański, wie die Tageszeitung „Kurjer Powszasty“ am 13. 4. berichtet. Er führt an, daß die Weichsel die Zentrale unserer Flußverbindungen ist und daß lediglich die Sowjetischen Wälder und Stans-lau keine unmittelbare Flußverbindung mit der Ostsee haben.

Die Regulierung dieses Flusses befindet sich im allgemeinen in einem schlechten Zustande.

Das Bett der Weichsel war nur im Unterlauf reguliert in den Grenzen des früheren preussischen Teilgebietes, aber auch hier war sie während des Weltkrieges vernachlässigt, so daß die polnische Regierung eine völlige Ausbesserung durchführen mußte. Jetzt ist der Warenverkehr auf der Weichsel belebt und die Hauptprodukte sind Feldfrüchte.

Diese kurze Kennzeichnung der Bedeutung der Weichsel für Polen ist sehr zutreffend, und aus dieser Tatsache kann man ersehen,

daß sich die polnische Öffentlichkeit neuerdings etwas mehr mit der Weichselfrage beschäftigt.

Wir haben häufig darauf hingewiesen, daß die Weichsel das Zentralflusssystem für das Verkehrsnetz Polens bildet, daß sie mit ihrem Flußsystem ganz Polen bis in die äußersten Ecken erfüllt, ausgenommen den fernen Osten mit dem Wäldergebiet. Es ist in Polen auch nicht oft zugegeben, daß nur Preußen etwas für den Ausbau der Weichsel getan hat. Daß bei diesen preussischen Bauten während des Krieges eine gewisse Vernachlässigung eintrat, ist verständlich, wenn auch während des Krieges der Erweiterungsbau des Bromberger Kanals und die Kanalisierung der Wogast fertiggestellt wurde, was zur Genüge die Fortsetzung der großen Kulturarbeiten an der Weichsel in Preußen beweist. Vergessen hat aber der polnische Verfasser, daß Polen in den 14 Jahren seines Bestehens nichts für die Weichsel getan hat. Die polnische Regierung hat in der regulierten unteren Weichsel nicht eine völlige Ausbesserung durchgeführt, sondern nur kleine Schäden an den Ufern und ähnlichen Anlagen ausgebessert. Fallsch ist auch die Ansicht des polnischen Verfassers, daß der Warenverkehr auf der Weichsel sich neuerdings belebt habe. Tatsächlich ist der Weichselverkehr heute noch nicht einmal halb so groß als in den letzten Vorkriegsjahren.

Zunahme der polnischen Papierausfuhr über Danzig.

Die polnische Papiereinfuhr ist zwar im letzten Jahre infolge der ungünstigen Wirtschaftslage wieder sehr erheblich zurückgegangen, hat aber immer noch einen sehr beträchtlichen Umfang, wenn auch die Hälfte der Einfuhr auf Rohstoffe für die Papierindustrie entfällt. Die polnische Papierindustrie hat sich infolge des hohen Zollschutzes aber in den letzten Jahren kräftig entwickelt und kann heute die meisten Papiere schon selbst herstellen. Die Entwicklung des polnischen Außenhandels mit Papier zeigt folgende Tabelle:

Einfuhr		Ausfuhr	
Menge T.	Wert 1000 Zl.	Menge T.	Wert 1000 Zl.
1932	45 005	21 427	15 172
1931	55 223	38 625	27 917
1930	74 405	57 572	20 115
1929	77 412	72 827	16 717

Der Anteil von Rohstoffen an der Einfuhr ist von 1929 bis 1932 von 61 000 auf 39 000 T. gesunken, da hauptsächlich der Bedarf an Lumpen und Altpapier in Polen längst nicht gedeckt werden kann. Die verhältnismäßig bedeutende Ausfuhr Polens besteht hauptsächlich aus Zellulose, Papapapier und Schiffsapier, während bessere Papiere von Polen nicht ausgeführt werden.

An dieser Papiereinfuhr Polens ist Danzig sowohl mit dem eigenen Verbrauch wie auch mit der Einfuhr über den Danziger Hafen recht stark beteiligt, während Obingen fast gar nicht in Frage kommt. Im letzten Jahre wurden

über den Danziger Hafen u. a. folgende größeren Posten eingeführt:

	Einfuhrmenge in T.	
	1932	1931
Lumpen	238	114
Zellulose	2063	5540
Altpapier	2049	533
Pappe	483	533
Zeitungspapier	1610	927
Andere Papier	809	859

## Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Weib) und 122,00 Gulden (Brief).

Freiverkehr: Reichsmarknoten 117½ bis 118½; Dollarnoten 4,25-4,30.

## Danziger Devisen

	30. 5.	29. 5.
Scheck Lond. Pfd. Sterl.	17,08	17,12
Auszahl. Lond. 1 Pfd. St.	57,25	57,36
Warschau 100 Zloty	—	57,25
New York 1 Dollar	118,38	118,62
Berlin 100 RM.	20,09½	20,13½
Paris 100 fr. Frank.	—	20,10½
Helsingfors 100 fm.	—	—
Stockholm 100 Kr.	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	—	—
Oslo 100 norw. Kr.	—	—
Amsterdam 100 hfl.	—	205,69
Zürich 100 Franken	98,60	98,80
Brüssel/Antwerpen	—	98,80
100 Belg.	—	71,13
Wien 100 Schilling	—	71,27
Prag 100 Kr.	—	—

Noten: Poin. Noten 100 Zloty 57,27 57,38 57,27 57,38 Dollar-Noten 1. von 5-100 1 Dollar 83,4% Reichsmark (100 RM.) — — — —

## Danziger Effekten.

In Danziger Gulden notiert	29. 5. 33	27. 5. 33
Festverzinsliche Wertpapiere:		

a) ohne Zinsberechnung: 7% Danziger Stadtanleihe von 1925 — B 2) — B 2) 6½% Danziger Staats- (Tabakmonopol)-Anleihe von 1927 — 2) — 2) 5% Roggenrentenbriefe — 2) — 2) b) mit Zinsberechnung: 6% (bisch. 8%) Danziger Hypothek-Bank Kommunal-Obligationen — 2) — 2) 6% (bisch. 8%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 1-9 — — 64½ bez. 2) 6% (bisch. 8%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 10-18 — — 64½ bez. 2) 6% (bisch. 7%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 19-26 — — — — 6% (bisch. 7%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 27-34 — — — — 6% (bisch. 7%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 35-42 — — — — 6% (bisch. 6%) Danziger Hypothek-Bank-Pfandbrief Serie 1 — — — —

Aktionen:	Div. t.	1931	1932
Bank von Danzig	0%	0%	— B 2) — B 2)
Danz. Priv.-Akt.-Bank	0%	0%	— G 2) — G 2)
Danz. Hypothekbank	0%	0%	— 2) — 2)
Danziger Bank f. Handel und Gewerbe	0%	0%	— 2) — 2)
Aktienzertifikat d. Danz. Tabak-Monopol AG	12%	9%	— 2) — 2)

Anmerkungen: 2) Kurs für 1 Zentner — 2) Kurs für 100 Gulden.

Bezüglich der 7-prozentigen Danziger Stadtanleihe 1921 und der 6½-prozentigen Danziger Tabakmonopolanleihe 1927 ist der Umrechnungskurs mit 1 Pfund Sterling = 25 Gulden festgesetzt.

## Berliner Effekten

	30. 5.	29. 5.
Deutsche Anl.-Ausl.-Sch. einschl. ¼ Ablös.-Sch. Nr. 1-90 000	75,10	74,—
Dtsch. Anl. Ablösungssch. ohne Auslosungsschein	12,25	12,10
Commerz- und Privat-Bank	50,75	50,75
Deutsche Bank u. Disconto-Gesellsch.	53,—	53,—
Dresdner Bank	52,—	52,—
Reichsbank	125,—	125,—
Hamburg-Amerika-Linie	18,75	18,75
Hamburg-Südamerika-Linie	30,—	32,50
Norddeutscher Lloyd	19,50	19,75
A. E. G.	24,25	24,—
Berliner Kraft- u. Lichtzentrale	111,75	110,50
Buders Eisenwerke	77,—	76,50
Charlottenburger Wasserwerke	79,9%	79,9%
Dessauer Gas	112,5%	110,9%
Elektr. Licht und Kraft	115,2%	114,50
I. G. Farbenindustrie	131,—	129,25
Feldmühle Papier	69,—	70,—
Gelsenkirch. Bergwerk	62,1%	62,25
Ges. f. elektr. Untern.-L. Loewe & Co	92,—	91,—
Th. Goldschmidt	52,7%	52,25
Harpener Bergbau	99,3%	97,50
Philipp Holzmann	56,—	56,—
Mannesmannröhren	69,—	69,50
Mansfelder Bergbau	25,50	25,25
Oberschlesische Kokswerke	83,4%	84,—
Phönix Bergbau	42,1%	42,—
Rütgerswerke	58,5%	57,75
Schuckert & Co.	108,—	106,75
Leonhard Tietz	19,7%	20,—
Zellstoff Waldhof	52,7%	52,25

## Berliner Devisen

	30. 5.	29. 5.
Geld Brief		
Buenos Aires 1 Pes.	0,863	0,857
Kanada 1 Canad. St.	3,147	3,157
Japan 1 Yen	0,874	0,874
Kairo 1 ägypt. Pfd.	14,535	14,585
Konstantinopel 1 t. Pfd.	2,038	2,038
London 1 Pfd. St.	14,155	14,205
New-York 1 Dollar	3,561	3,551
Rio de Janeiro 1 Milreis	0,239	0,239
Uruguay 1 Gold Pes.	1,648	1,648
Amsterdam 100 Fl.	170,68	170,63
Athen 100 Drachmen	2,428	2,438
Brüssel-Antw. 100 Belg.	58,59	58,59
Bukarest 100 Lei	2,488	2,492
Budapest 100 Pengö	—	—
Danzig 100 Gulden	82,52	82,77
Helsingf. 100 finnl. Mk.	2,269	2,264
Italien 100 Lire	61,27	61,26
Jugoslawien 100 Dinar	5,195	5,195
Kaunas Kown 100 Lit.	42,46	42,46
Kopenhagen 100 Kr.	63,14	63,34
Lissabon 100 Escuto	12,89	12,94
Oslo 100 Kr.	71,33	71,93
Paris 100 Frk.	16,61	16,61
Prag 100 Kr.	12,64	12,63
Reykjavik 100 Kr.	64,19	64,19
Riga 100 Latts	73,18	73,18
Schweiz 100 Frk.	51,72	51,72
Sofia 100 Leva	3,047	3,047
Spanien 100 Pes.	36,14	36,11
Stockholm 100 Kr.	72,63	72,63
Talinn (Reval) Estl.	—	—
100 estn. K.	110,39	110,39
Wien 100 Schilling	46,70	46,45

(Ohne Gewähr) Mitgeteilt von der Deutschen Bank und Discontogesellschaft, Filiale Danzig, Depositenkasse, am Hauptbahnhof.

## Berliner Schlachtviehmarkt.

Vom 30. Mai 1933.

Bezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht.

A. Ochsen.		Reichsmark
a) vollfleisch. ausgemästete höchst. Schlacht-werts, 1. jüngere	32	—
2. ältere	30-31	—
b) sonstige vollfleischige, 1. jüngere	27-29	—
2. ältere	23-26	—

B. Bullen.		Reichsmark
a) jüngere vollf. höchst. Schlachtwerts	28	—
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	26-27	—
c) fleischige	24-25	—
d) gering genährte	22-23	—

C. Kühe.		Reichsmark
a) jüngere vollf. höchst. Schlachtwerts	24-27	—
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete	21-23	—
c) fleischige	18-20	—
d) gering genährte	13-17	—

D. Färsen.		Reichsmark
a) vollf. ausgemäst. höchst. Schlachtwerts	30-31	—
b) vollfleischige	27-29	—
c) fleischige	22-26	—

E. Fresser.		Reichsmark
Mäßig genährtes Jungvieh	17-22	—

Kälber.		Reichsmark
a) Doppelender bester Mast	38-45	—
b) beste Mast- und Saugkälber	30-40	—
c) mittlere Mast- und Saugkälber	18-25	—
d) geringe Kälber	—	—

Schafe.		Reichsmark
a) Mastlamm und jüngere Masthammel	34-35	—
1. Weidemast, 00-00, 2. Stallmast	32-33	—
b) mittlere Mastlamm, ältere Masthammel	24-25	—
und gut genährte Schafe	29-31	—
c) fleischiges Schafvieh	20-28	—
d) gering genährtes Schafvieh	—	—

Schweine.		Reichsmark
a) Fetteschweine über 300 Pfd. Lebendgew.	—	—
b) vollfleischige Schweine von ca. 240 bis 300 Pfund Lebendgewicht	32-34	—
c) vollfleischige Schweine von ca. 200 bis 240 Pfund Lebendgewicht	32-34	—
d) vollfleischige Schweine von ca. 160 bis 200 Pfund Lebendgewicht	30-32	—
e) fleischige Schweine von ca. 120 bis 160 Pfund Lebendgewicht	28-30	—
f) fleischige Schw. unt. 120 Pfd. Lebendgew.	—	—
g) Sauen	30-31	—

## Marktverlauf:

Für ziemlich glatt Kälber mittelmäßig, Schafe glatt, Schweine ruhig.

## Bemerkungen:

Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.



Rampf zwischen Regierung und Nationalsozialismus in Oesterreich

Aufstellung einer besonderen Grenzformation in Oesterreich?
Wien, 29. Mai. Wie das dem Sicherheitsminister...

Oesterreichische nationalsozialistische Abgeordnete aus dem Burgenland verurteilt.

Wien, 29. Mai. Der Landesleiter der NSDAP...

Schließung von weiteren Hochschulen in Wien.

Wien, 29. Mai. Im Zusammenhang mit den Vor...

sonders gegen das Einschreiten der Polizei auf der Universität...

Schwere Zusammenstöße in Innsbruck.

Wien, 29. Mai. In Innsbruck ist, wie die „Neue...

Zu den Zusammenstößen berichtet die amtliche Nach...

100 Jahre Dzeandampfschiffahrt
Wie das erste Dampfschiff den Atlantik überquerte.

1933 jährt sich zum 100. Male der denkwürdige Tag, an...

geisterung empfangen wurde. War sie doch das erste Damp...

In den ersten Augusttagen verließ das Schiff Quebec mit...

send. Zehn Tage später wurde das Schiff für 10 000 Pfund...

einen Schuß gegen den Feind abzugeben. 1840 ging die „Royal...

Aus dem deutschen Osten

Neuer Mordüberfall auf einen Oberlandjäger.

Stuhm. In der Sonntagsnacht mußte durch das...

In den Herzen der Jugend wachte ein reines, ganzes...

Der Reichspräsident kommt nach Marienwerder.

Marienwerder. Auf die Einladung der Stadt Ma...

Fünfzigjähriges Jubiläum.

Frauenburg. Sanitätsrat Dr. Alois Garnaun in...

Rundgebung der kath. Jugendverbände.

Königsberg. Anlässlich der Jugendweihe in der...

Umtl. Bekanntmachungen.

Die Stadt. Seebadeanstalten Seubude, Bröien und Glettau werden am 3. Juni...

Das städt. Leihamt
Wallplatz 14
wird am Sonnabend, den 3. Juni 1933...

Malerarbeiten
in der Schweineschlachthalle des Städt. Schlachthofes...

Bilanz per 31. Dezember 1932.

Table with 2 main columns: Aktiva and Passiva. Aktiva includes Kassenbestand, Bankguthaben, etc. Passiva includes Geschäftsguthaben der Genossen, etc.

Gewinn- und Verlustrechnung:

Table with 2 main columns: Soll and Haben. Rows include Gewinn aus Mieten, Verlust aus Zinsen, etc.

Mitgliederbewegung: Bestand Ende 1931, 1932, 1933.

Die Geschäftsguthaben der Genossen haben sich vermindert um G 3 721,50...

Danziger Siedlungsgenossenschaft Arbeiterheim e.G.m.b.H.

Der Vorstand: Quednow, Jeschke, Mosa. Die vorstehende Bilanz ist durch den Aufsichtsrat...

Zu vermieten: Gr. möbl. sonniges Vorderzimmer mit sep. Eingang...

Gr. möbl. sonniges Vorderzimmer mit sep. Eingang. 2. Zimmerwohnung mit Zubehör...

Zur Beachtung! Um die verschiedenen wilden Gerüchte eindeutig klarzustellen... Lebensmittel Kolonialwaren... K A U F H A U S STERNFELD

Zum Feste trinken Kermer nur Springer-Spezialitäten. Piano 450 Gld., Gut erhaltener Tennisschläger...

Grundstücks-Markt. Suche zu kaufen nur erntefähiges Geschäfts- und Zinsgrundstück. Sehr gut erhaltenes Schlafzimmer zu verkaufen...

Wie Schlageter starb. Originalbericht des Augenzeugen, Gefängnisfarrer Fabbender, des Seelsorgers Alb. Leo Schlageters...

Nur bei uns kaufen Sie Ihren Anzug und Mantel zum Pfingstfest noch billiger und besser... Bekleidungs-Haus LONDON



## Die Badefaison beginnt.

Herabsetzung der Seebäderkarten.

Mit dem 3. Juni d. J. werden die Stadt- Seebadeanstalten Heubude, Bröjen und Glettkan eröffnet. Die Preise für die Bade- und Strandbäder sind bedeutend herabgesetzt. So ist das Einzelbad für Erwachsene von 0,30 G. auf 0,25 G. und die Saisonkarte von 12 G. auf 9 G. ermäßigt worden. Die Saisonstrandbaderkarte kostet statt 35 G. nur 30 G. Die Preistafeln hängen an den einzelnen Verkaufsstellen aus. Wir möchten noch darauf hinweisen, daß die gelbten Saison- und Zehner- und Schülerkarten gleichzeitig für sämtliche Bäder gelten.

### Das Betreten der Dünen

sowie das Baden außerhalb der Badeanstalten und zwar in Bröjen von 200 Meter östlich des Damenbades bis 100 Meter westlich der Ortschaft, in Heubude von 200 Meter östlich bis 200 Meter westlich der Badeanstalt und in Glettkan von 250 Meter westlich des Seesteges bis zur Einmündung des Glettkanbaches in die Ostsee ist polizeilich verboten. Das Baden außerhalb der Badeanstalten erfolgt auf eigene Verantwortung und Gefahr.

Weiter wird darauf hingewiesen, daß nach Abs. VII § 41 der Straßenpolizeiverordnung vom 7. Februar 1929 verboten ist, Hunde in der Zeit vom 1. Mai bis 30. September i. J. am Strande von der Grenze der Stadtgemeinde Danzig mit der Stadt Poppo bis 200 Meter östlich der Badeanstalt Heubude frei umherlaufen zu lassen.

## Sie stahlen wie die Raben

Die Poppoter „Drogeriegründer“ wandern ins Zuchthaus.

Wie man auf billige Weise zur Ergänzung des Warenbestandes eines Drogeriegeschäftes kommen kann, zeigte eine Verhandlung vor dem erweiterten Schöffengericht unter Amtsrat Dr. C. Laack gegen den Laboranten August D., den Drogeristen Kurt K. und den Kaufmann Emil S. aus Danzig wegen fortgesetzten Diebstahls und Hehlerei. Die Diebstähle hatte der Angeklagte D. begangen. Die anderen beiden hatten sich wegen fortgesetzter Hehlerei zu verantworten. D. war in einer bekannten Drogerie in Poppo angestellt. Das Geschäft ging in Konkurs und wurde später von einem Kaufmann K. weitergeführt, der D. zunächst weiter beschäftigte, später aber entließ. Die Angeklagten D. und K. waren befreundet. Schon seit 1930 hatte D. fortgesetzt Parfümerien, Seifen, Photoartikel und anderes mehr aus dem Geschäft gestohlen und zu K. gebracht, der in der Nähe des anderen Geschäftes selbst ein Drogeriegeschäft aufmachte, in welchem er sogar, nach Aussage des Angeklagten K., das Diebstahlgut ins Schaufenster stellte. Die Dinge, welche D. nach und nach aus dem Geschäft der früheren Besitzerin und später fortgeschleppt und zu den beiden Mitangeklagten gebracht hatte, bezifferten sich auf mehrere tausend Gulden. Der Angeklagte D. war gekündigt und gab als Grund für die Diebstähle an, daß K. und er in Gdingen ein neues Geschäft gründen wollten. Aus der Beweisaufnahme ging hervor, daß K. den D. offenbar zu immer neuen Diebstählen veranlaßt hatte, um so auf billige Weise den Warenbestand seines Geschäftes zu ergänzen. Der Staatsanwalt, Herr Dr. Korth, führte aus, K. sei zweifellos die treibende Kraft gewesen, welche D. immer wieder zu neuen Diebstählen aufzuforderte, nachdem diese in ihm einmal den Wurm der Hehlerei in sich gepflanzt hatten. Der Richter sprach schließlich über die Angeklagten D. und K. über das beantragte Strafmaß hinaus und verurteilte K. zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, D. wegen fortgesetzten Diebstahls und Hehlerei zu einem Jahr in einem Monat Zuchthaus und einer Woche Gefängnis wegen Hehlerei, S. zu einem Jahr Zuchthaus.

## Stadtbaureat Doeind zum ordentlichen Professor ernannt

Am 30. September d. J. wird Prof. Dr. Doeind als Stadtbaureat aus den Diensten der Poppoter Stadtverwaltung ausgeschieden. Er hat einen Ruf als ordentlicher Professor der Statistik der Baukunst an die Technische Hochschule Danzig-Langfuhr erhalten und angenommen. Bekanntlich ist Stadtbaureat Doeind bereits während seines ganzen Poppoter Wirkens als Privatdozent und Professor an der Technischen Hochschule tätig gewesen. Er ist seit dem 25. November 1921 als Stadtbaureat in Poppo tätig und wurde seinerzeit auf 12 Jahre gewählt. Bekanntlich schwebten schon seit einiger Zeit Verhandlungen über sein Ausscheiden.

## „Arbeit macht glücklich“

Zum Ufa-Palast.

Arbeit macht glücklich! Um das festzustellen, braucht es eigentlich nicht erst dieses Films. Doch, gu! Gegen einen filmischen Beweis dieser Allgemeinwahrheit hätten wir nichts einzuwenden, wenn man den Beweis auch wirklich anträte. Nichts davon. Man sitzt an der Leinwand vor diesem Film und wartet vergeblich darauf. Der soll etwa der schöne Satz am Schluß — den zu prägen es wahrlich nicht eines Hanns Heinz Ewers bedurfte — „Sport ist schön, aber Arbeit macht glücklich“ dafür gelten.

Man hat zwar eine Idee gehabt, das heißt der italienische Dichter Luigi Pirandello hatte sie, doch die Idee allein genügt nicht, sie will auch bildmäßig umgesetzt sein. Die Regie Walter Ruttmanns hat sich nach besten Kräften daran versucht, ist jedoch über den Versuch nicht hinausgekommen.

Technisch ist der Film allerdings eine großartige Leistung. Grandios sind die Aufnahmen aus einer italienischen Stahlgießerei, von der harten Arbeit des Menschen in der Glut der Schmelzöfen und Gießegeln. Man hat den Eindruck, daß die Menschen sich alles andere als glücklich fühlen bei ihrer Arbeit, zumal so mancher von ihnen, wie es der Film auch zeigt, den Tod dabei findet. Uns will scheinen, daß darin doch ein innerer Widerspruch dieses Films liegt.

Der Film läuft in der italienischen Originalfassung, was wir ihm auch zugute halten wollen.

Zum Programm des Ufa-Palastes und ein Bauchschmerzen verursachender Film mit Sätze Sätzchen.

## Eine Rede des Gauleiters Forster:

# Die Absichten der Nationalsozialisten

Genaue Einhaltung der Verfassung und Verträge — Verfassungsänderndes Gesetz anscheinend nicht beabsichtigt — Neue Maßnahmen auf wirtschaftspolitischen Gebiete — Andeutungen über Pläne zur Arbeitsbeschaffung.

In der Sporthalle fand gestern Abend eine äußerst stark besuchte Versammlung der Nationalsozialisten statt, in der der Gauleiter Forster nähere Mitteilungen über die Ziele seiner Partei bei Übernahme der Danziger Regierung machte. Der Redner übte in seinen Einleitungsworten an der Wahlpropaganda der gegnerischen Parteien, insbesondere der Deutschnationalen, Kritik und meinte, daß entgegen allen Versicherungen die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung bei der Wahl in erster Linie auf das Verhalten der Danziger Nationalsozialisten zurückzuführen sei.

Die Danziger Nationalsozialisten werden nunmehr, wie Gauleiter Forster weiter bekanntgab, die Bildung des neuen Senats übernehmen, an dessen Spitze der Landbundesführer Dr. Kaufmann stehen wird. Das Amt des Innenministers wird dem selbst. Gauleiter, Abg. Greiser, übertragen werden, dessen Hauptaufgabe es sein wird,

unter peinlicher Einhaltung der Verfassung für Ruhe und Ordnung zu sorgen.

Die Nationalsozialisten fühlen sich gerade in diesem Punkte als die besten Garanten einer Politik, die dem Danziger Staatsbürger das Gefühl der unbedingten Sicherheit verbürgen soll. Die Behauptungen, daß die Nationalsozialisten die Verfassung antasten und dadurch einen Konflikt mit dem Völkerverbund heraufbeschwören könnten, seien völlig unbegründet. Auch den Ausländern würden die ihnen vertragsmäßig zustehenden Rechte weiterhin garantiert werden. Die Aufgabe der Danziger Innenpolitik werde weiterhin darin bestehen,

den Marxismus vollständig zu zerlegen.

Der Völkerverbund werde sich dieser Aufgabe nicht widerlegen können. Bei Durchführung dieser Pläne würde sich die nationalsozialistische Regierung nicht beilegen, denn sie habe Zeit und könne alle Maßnahmen in größter Ruhe treffen.

Auf wirtschaftspolitischen Gebieten stehen nach den Ankündigungen Forsters durchgreifende Reformen bevor, mit dem Ziele, die bisherigen Senatsstellen „umzuformen“. Es ist an die Schaffung einer eigenen Senatsabteilung gedacht, deren Leitung die Abteilungen Landwirtschaft, Handel, Industrie u. Gewerbe unterstellt werden. Neben dieser Senatsstelle wird noch ein besonderes Ressort für Arbeitsbeschaffung gegründet werden, dessen Aufgabenkreis bereits in längeren Vorbesprechungen umrissen worden sei. Wie Herr Forster mitteilte, seien in dieser Hinsicht besondere Vorbereitungen getroffen worden. Die Pläne, über deren Natur jedoch keine Mitteilungen gemacht wurden, seien fertiggestellt. Die Danziger Bevölkerung kann in der Tat darauf gespannt sein, mit welchen neuen Methoden die Nationalsozialisten dem Problem der Arbeitslosigkeit zu Leibe rücken werden.

Der Redner verbreitete sich dann über

die künftige Danziger Kulturpolitik.

Der Name des neuen Danziger Kultusensors wurde vom Gauleiter ebenso wenig genannt, wie die Person des künftigen Wirtschaftsensors. Man kann aus dieser Tatsache wohl entnehmen, daß die Besprechungen über die Auswahl der für diese Posten in Frage kommenden Persönlichkeiten noch nicht abgeschlossen sind. Namentlich für den Posten des Kultusensors werden in der Öffentlichkeit mehrere Namen genannt. Wie verlautet, hat jedoch der Mittelschuloberlehrer Voel, der bereits seit vielen Jahren aktiv in der nationalsozialistischen Bewegung tätig ist, gegenwärtig

die größte Aussicht, das Rennen zu machen. Die Aufgabe des Kultusensors wird nach den Ausführungen Forsters in erster Linie auf die Förderung abgezielt sein, das Deutschtum zu pflegen und die Liebe zum nationalen Gedanken in den Herzen der Jugend zu vertiefen. Insofern dürfte sich die Tätigkeit des neuen Kultusensors kaum von der Amtstätigkeit der bisherigen Danziger Kultusensoren unterscheiden, denn diese haben bekanntlich ihre ganze Arbeit gleichfalls dem Gedanken untergeordnet, deutsche Kultur und Sitte als die höchsten kulturellen Güter in Danzig zu pflegen.

Auf kirchenpolitischen Gebieten werden es die Nationalsozialisten nach der gestrigen Erklärung Forsters als ihre höchste Pflicht ansehen, die beiden christlichen Konfessionen in ihrem Wirken zu fördern.

Die nationalsozialistische Regierung erwartet als Gegenleistung hierfür, daß die Kirchen gleichfalls den energischen Kampf gegen den Geist des Marxismus aufnehmen.

Was die Außenpolitik angeht, so gab der Redner die Versicherung ab, daß jegliche Experimente und gewaltsamen Versuche zur Veränderung der bestehenden Verhältnisse unterbleiben würden. Die Nationalsozialisten seien sich darüber klar, daß bei aller Sprache des Herzens die außenpolitische Führung Danzigs eine Sache des eisernen Verstandes sei. Als Ziel schwebte den Nationalsozialisten nach dem Vorbild Mussolinis eine Politik des Friedens mit den Nachbarn vor Augen. Die bestehenden außenpolitischen Verträge würden von der kommenden nationalsozialistischen Regierung genau eingehalten werden. Aus diesem Grunde habe die Leitung der Partei keine Bedenken getragen, dem hohen Kommissar der Danziger absoluten Loyalität in der Führung der Danziger Außenpolitik gegenüber Polen abzugeben. Dem, so erklärte gestern Herr Forster, es können keine Zweifel darüber bestehen, daß Danzig für die europäische Gesamtlage ein Pulverfaß darstellt. Es sei die Pflicht der künftigen Regierung, das Pulver aus diesem Pulverfaß zu entfernen. Wenn die anderen nichtmarxistischen Parteien Danzigs den hier gekennzeichneten Richtlinien ihre Zustimmung geben, soll ihre Mitarbeit dem neuen Senat willkommen sein;

jedoch wären die Nationalsozialisten nicht bereit, sich irgendwelche Bedingungen diktieren zu lassen.

Sie könnten sich aber nicht denken, daß sich die politischen Führer der anderen Parteien nicht gleichfalls reißlos zu diesen Richtlinien bekennen könnten. Demgegenüber ist zu erwidern, daß den Ausführungen Forsters in dieser allgemeinen gehaltenen Formulierung wohl weitgehend zugestimmt werden kann. Entscheidend für die Haltung der anderen Parteien wird doch nur die praktische Auswirkung der hier umrissenen Grundzüge nationalsozialistischer Regierungspolitik sein. Der Redner ließ durchblicken, daß gegebenenfalls der Kampf gegen die anderen Parteien nicht aufgegeben werden werde.

Gauleiter Forster erklärte zum Schluß seiner Ausführungen, daß die Nationalsozialistische Partei in Danzig einmütig eine Mitgliederliste angeordnet habe. Der Redner versicherte, daß die Gauleitung es sich zur Aufgabe machen werde, die Parteigliederung weitgehend über die Maßnahmen der neuen Regierung aufzuklären und Verständnis für ihre Politik zu wecken.

# Die Vorwürfe gegen Bankdirektor Grüne

Die Anklageschrift heute dem Gericht überreicht — Sie umfaßt 203 Seiten — Schwere Anschuldigungen gegen Bankdirektor Grüne — Die Anklage lautet auf Bilanzfälschung, Untreue und Konkursvergehen.

Wie bereits vor einiger Zeit berichtet, ist die Voruntersuchung im Prozeß Grüne-Bankverein kürzlich abgeschlossen worden. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Herr Dr. Korth, hat nun auch die Anklageschrift fertiggestellt und heute dem Gericht überreicht; sie umfaßt nicht weniger als 203 Druckseiten und dürfte damit wohl um ein vielfaches umfangreicher sein, als die des Potenhauer-Prozesses, und im Danziger Gerichtswesen als etwas Einzigartiges dastehen. Der Prozeß verspricht demnach recht umfangreich zu werden, zumal die Prozedur äußerst schwierig und verworren ist.

Über auch der Inhalt der Anklageschrift ist geradezu sensationell; den es wird darin

Anklage erhoben wegen 11 falscher Bilanzen.

Und zwar sollen fünf Bilanzen der Bankverein-Aktiengesellschaft und sechs Bilanzen der Bankvereins-Gesellschaft falsch sein. Zum besseren Verständnis dieser Unternehmung in Bankverein-Aktiengesellschaft und Bankverein-Gesellschaft sei kurz folgendes gesagt: Der Bankverein wurde 1923 aus der alten Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, die allerdings nicht allzu lange am Leben blieb; denn im Herbst 1925 wurde sie bereits liquidiert und erneut in eine Genossenschaft umge-

wandelt, die dann bis zum Konkurs zu Ende des Jahres 1931 bestand.

Weiterhin wird Anklage erhoben in sechs Fällen von Untreue zum Nachteil der Genossenschaft und wegen unberechtigter Entnahme von Geldern durch Grüne in fünf Fällen. Die Genossenschaft hat in jedem Jahre einen Gewinn ausgegeben, obwohl sie mit Verlusten gearbeitet haben soll; wäre dies der Fall, hätte sich Grüne keine Tantieme auszahlen lassen dürfen. In sechs Fällen wird dann weiter Anklage erhoben wegen Verletzung von Werten der Aktiengesellschaft zu unangemessenen Preisen auf die Genossenschaft, ferner wegen lieblicher Bücherführung, Nichtstellung des Antrages auf Eröffnung des Konkursverfahrens, sowie wegen sechs weiterer falscher Bilanzen aus der Liquidationszeit der Aktiengesellschaft; die Liquidation zog sich nämlich über fünf Jahre hin und wurde erst im Oktober 1931 beendet. Die Anklage richtet sich in der Hauptsache gegen Bankdirektor Grüne. Wollowski und Orgel werden nur der Beihilfe zu den genannten Vergehen beschuldigt.

Den Vorfall in der Verhandlung dieses Prozesses wird Landgerichtsdirektor Dr. Bumke übernehmen, als Beiführer werden die Landgerichtsräte Bator und Schlieper fungieren. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Weiße übernommen.

# Österreichische Gegenmaßnahmen

gegen Deutschland — Keine Milderung des Regierungskurses.

Wien, 31. Mai. Die amtliche „Wiener Zeitung“ schreibt: Die Erregung in der österreichischen Öffentlichkeit wegen der 1000-Mark-Taxe für die Ausreise nach Österreich hält an. Dagegen sind die Beschränkungen wegen des Ausbleibens des deutschen Fremdenverkehrs etwas abgemildert, da auch die westlichen Bundesländer in diesem Jahre von vornherein mit einer starken Verminderung des deutschen Reiseverkehrs rechnen mußten. Die österreichische Regierung behandelt die ganze Angelegenheit mit der gebotenen Reserve und mit kluger Vorsicht. Sie will nichts überstürzen und will auch die rechtswillig aufgeworfene Luft nicht durch übereilte radikale Maßnahmen noch verbreitern. Sider ist jedoch, daß die Regierung politische Konzeptionen an die Nationalsozialisten keineswegs machen wird. Eine Milderung des Regierungskurses kommt absolut nicht in Frage.

Wie die „Neichspost“ erfährt, werden die österreichischen Maßnahmen gegen die deutsche Grenzsperr-

zunächst in der Einführung eines Ausreisepasses nach Deutschland bestehen. Die zweite Maßnahme wird sich zugunsten der notleidenden Hotelwirtschaft auswirken. Das österreichische Gastwirtschaftsgewerbe, welches auf den Fremdenverkehr mit Deutschland angewiesen wird, wird den vollen Schaden, der ihm aus der deutschen Grenzsperr erwächst, nach Maßgabe des Ertrages des vorjährigen Fremdenverkehrs aus Deutschland, der mit circa 10 Millionen Schilling berechnet wurde, ersetzt bekommen. Von diesen 10 Millionen Schilling werden fünf Millionen sofort ausbezahlt, 2½ Millionen im Laufe des Herbstes und der Rest soll in Form von Steuerabsetzungen zurückerstattet werden.

Als dritte Gegenmaßnahme gegen die deutsche Grenzsperr nennt die „Neichspost“ die Einführung einer Verrechnung der Ein- und Ausfuhr zwischen Österreich und Deutschland, mit deren Hilfe Österreich ein Gleichgewicht zwischen der Ein- und Ausfuhr von und nach Deutschland herzustellen gedenkt.

## Die „Frankfurter Zeitung“ über das Danziger Zentrum

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt über den Wahlausfall in Danzig u. a.:

„Als unerklärlich hat sich wieder auch in Danzig das Zentrum erwiesen, dessen Parolen vor allem „Freiheit und Recht“ und „Wir wollen keine Diktatur“ hießen. Die geistige wie die volkspolitische Bedeutung des Danziger Zentrums ist so groß, daß diese Partei nicht in den Brennpunkt des Kampfes geriet. Auch die Nationalsozialisten wissen, daß die katholische Kirche und die ihr nahestehende politische Organisation für die Erhaltung des Deutschtums von außerordentlicher Bedeutung ist. — Selbstverständlich weit über das Danziger Problem hinaus. Im Danziger Gebiet sind besonders die katholischen Bevölkerungsteile (der Hauptbezirk der vormals deutschen Katholiken liegt im „Korridor“) besonders treue Anhänger der katholischen Kirche und ihrer Kultur. Im Prälaten Sawaghi hat die Danziger Zentrumspartei einen weit über seinen Parteikreis hinaus hochgeschätzten Führer. Die Parole „Wir wollen keine Diktatur“ und das katholische Verlangen nach Recht und Gerechtigkeit bilden jedenfalls keine Hindernisse, durch die ein Zusammengehen des Zentrums mit der NSDAP. im Danziger Volkstag unmöglich gemacht oder auch nur wesentlich erschwert würde. Für die Bildung einer Zweidrittelmehrheit (Ermächtigungsgesetz) wäre das Zentrum unentbehrlich.“

## Schwerer Motorradunfall

Gestern gegen 17 Uhr ereignete sich in der Reitergasse ein schwerer Verkehrsunfall. Die Ehefrau Maria St. aus Danzig wurde beim Überqueren des Fahrweges von dem Motorrad W 1785 angefahren. Der Fahrer des Motorbikes, der Angestellte Heinz R., versuchte noch den Unfall zu vermeiden und fuhr dabei gegen einen Baum. Hierbei wurde ihm das linke Knie ausgekugelt. Die Ehefrau St. wurde bei dem Unfall zu Boden geschleudert und zog sich eine starke Schwellung am Kopfe zu. Außerdem klagte sie über Schmerzen im Rücken. Beide Verletzte fanden Aufnahme im St. Marienkrankenhaus. Dem Motorradfahrer trifft an dem Unfall keine Schuld.

## Gewitterneigung bei steigender Temperatur

Bevölkerungszunahme, Temperatur wenig verändert.

Uebersicht: Die gesamte Luftdruckverteilung hat sich gegen gestern nur wenig verändert. Eine heute morgen über Mittel- und Nordwestdeutschland gelegene Störung wird in der Folgezeit auch unserm Gebiet Bevölkerungszunahme und Neigung zu Niederschlägen bringen.

Heute nachmittag: Weist heiter, schwache Winde aus Nord bis Ost, Temperatur unverändert.

Donnerstag: Zunehmende Bewölkungs- und Gewitterneigung, schwache Winde aus Nord bis Ost, Temperatur etwas ansteigend.

Freitag: Stellenweise Neigung zu Niederschlägen, mild. Max.: 15,3 Min.: 6,1.

## Wasserstandsnotizen am 31. Mai 1933

	29. 5. 30. 5.	Graubenz. . . + 0,82 + 0,82
Krautau. . .	2,98 - 3,02	Kunzebrad. . . + 0,95 + 0,95
	29. 5. 30. 5.	Montanerspitze + 0,38 + 0,37
Zawichost. .	+ 1,32 + 1,16	Piedel. . . . + 0,24 + 0,24
	29. 5. 30. 5.	Dirschau. . . + 0,11 + 0,10
Warschau. .	+ 0,99 + 1,06	Einlage. . . . + 2,16 + 2,16
	29. 5. 30. 5.	Schwenhorst + 2,33 + 2,42
Platz. . . .	+ 0,68 + 0,68	
	30. 5. 31. 5.	Rogat: . . . . 30. 5. 31. 5.
Thorn. . . .	+ 0,70 + 0,69	Schöndau D. P. + 6,82 + 6,82
Jordon. . . .	+ 0,71 + 0,72	Galgenberg D. P. + 4,60 + 4,61
Culm. . . .	+ 0,64 + 0,65	Neuhorsterbusch + 2,12 + 2,12

## Familiennachrichten.

Standesamt I Danzig.

Todesfälle: Wiegemeister i. R. Adolf Teschke, fast 80 Jahre. — Witwe Henriette Pelsch geb. Steinke, 69 Jahre. — Tochter des Eisenbahnarbeiters Franz Uhlendorf, 10 Jahre. — Fleischermeister Gustav Schöpfer, 63 Jahre. — Tochter des Eisenbahn-Rangierers Arthur Schlichte, 1 Jahr. — Ehefrau Alwine Reetz geb. Dargatz, fast 64 Jahre. — Tochter des Arbeiters Gustav Picht, fast 3 Monate. — Ehefrau Marija Tetlaw geb. Krampichowski, fast 53 Jahre. — Sohn des Schuhmachermeisters August Hammer, 7 Jahre. — Ehefrau Auguste Will geb. Jod, 71 Jahre.

Todesfälle: Alara Doepfer, geb. Zühlke, 75 J. 5 M. — Ehefrau Anna Pleinowski, geb. Rabke, 72 J. 7 M. — Maler Robert Kwajewski, fast 64 J. — Ehefrau Auguste Derks, geb. Jordan, 79 J. 5 M. — Tochter des Arbeiters Stanislaus Kontel, 2 J. 8 M. — Lehrerin i. R. Charlotte Seile, 59 J. 5 M. — Landwirt Kurt Hofmeister, 71 J. 2 M. — Weib Totgeburt. — Witwe Laura Giese, geb. Boy, 77 J. 6 M. — Sohn des Gärtners Anton Randzora, 1 J. — Fischer Friedrich Kretz, 85 J. 5 M.

Todesfälle: Schmied Ferdinand Balczun, 69 Jahre. — Unehelich 1 Sohn, 2 Jahre. — Seemann Paul Mumm, 32 Jahre. — Oberfeuerinspektor Max Dromowicz, 64 Jahre. — Ehefrau Frida Henschler geb. Hoog, 43 Jahre. — Ehefrau Maria Lipan geb. Abres, 45 Jahre. — Schiffsführer Franz Marowski, fast 64 Jahre. — Tochter des Kaufmanns Kurt Fischer, ¼ Stunde.

Standesamt II Danzig-Langfuhr.

Todesfälle: Ehefrau Margarete Deder geb. Kraus, 87 Jahre. — Witwe Susanne Gocke geb. Philippi, fast 81 Jahre. — Ehefrau Anna von Gruchalla geb. Kunath, 39 Jahre. — Ehefrau Gertrud Krammich geb. Krause, 26 Jahre. — Zimmergehilfe August Klotz, 58 Jahre. — Kaufmann August Buchel, 62 Jahre. — Ehefrau Auguste Boehnke geb. Krüger, 69 Jahre. — Unehelich 1 Tochter, 1 Tag. — Unehelich eine weibliche Totgeburt.

Gauverwalter: Franz Steffen.

Verantwortlich: Für Kulturelles, Politik und Beileiten: Gauverwalter Franz Steffen. Für Wirtschaft, Handel, Theater, Polen, Nachbarschaft, Vermittlung: Dr. Leo Hertel. Für Soziales, Freiheit-Nachrichten und Sport: Hans Arke. Für Anzeigen und Geschäftsbesorgung: Bruno Alberg. Sämtlich in Danzig.

Bernsprecher: Geschäftsstelle und Redaktion: 247 96 und 247 97. Gauverwalter: 248 97.

Telef.-Adressen: Danzigsche Zeitung. Herausgeber: Westpreussischer Verlag, Aktiengesellschaft für Verlag und Druckerei (Vorstand: Direktor C. Killion) in Danzig. Am Ende 2.







# Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1

62-002 Suchy Las

[www.digital-center.pl](http://www.digital-center.pl)

[biuro@digital-center.pl](mailto:biuro@digital-center.pl)

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

**Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.**

**Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.**

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**